

44. Jahrgang

3-2011

€ 4,50

ÖKOLOGIE -
RUHRGEBIET

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



unser Abdruck: AB 2050

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Ein schweigsamer Bauer aus dem Wendland
- 4** *Wolfgang Belitz*
Bruder – Genosse – Kollege

Schwerpunkt: Ökologie – Ruhrgebiet

- 5** *Peter Strege*
Fragen an und Antworten von Dr. Stemplewski,
 Vorstandsvorsitzender von Emschergenossenschaft
 und Lippeverband
- 7** *Ralf Schumacher*
Die neue Emscher: Wildnis oder Sohlshale
- 8** *Paul Wagner*
Eine neue Marke: Die „grüne“ RAG?
 Der Steinkohlebergbau in Deutschland steht vor
 dem Aus – und versucht, sich ein neues Image
 jenseits der Kohle zu geben

Menschenorte 11

- 9** *Rolf Euler und Manfred Walz*
Ausgleich – ökologisch gerechnet
 bei Berthold Kalwerkamp in Recklinghausen
- 10** *Ulrich Häpke*
Landwirtschaft im Ruhrgebiet –
gestern, heute, morgen?
- 12** *Norbert Bömer*
Beharrlicher Bürger-Widerstand führt nach fünf
Jahren zum Erfolg – Erfahrungen der BI Saubere
 Luft aus der Auseinandersetzung um das jetzt ge-
 kippte Kohlekraftwerk im Chemiepark Krefeld
 Uerdingen
- 14** *Carl-D.A. Lewerenz*
Klimapolitik nach Hermann Scheer und nach
Fukushima – Halbherzig-gemütlich wie bisher oder
 „ambitioniert“, also bestmöglich und wirklich
 „alternativ“?
- 16** *Robert Bosshard*
Industriewald e.V.
- 18** *Ina Georg*
Lebendige Umweltpädagogik in der Haard

1WURF

- 20** *Au Loong Yu*
Mitbestimmung, chinesisch interpretiert
- 22** *Peter Strege*
„Basics“: Bio für Alle! ES ist die Grundlage von
allem, – denn: vor der Moral kommt das Essen.
 Nicht vergessen!

Palästina

- 23** *xyz*
abc

Editorial

Dieser *AMOS* hat als Schwerpunktthema „Ökologie – Ruhrgebiet“. Im kommenden Jahr, 2012, sollte ein weiterer *AMOS* dieses Thema fortführen. Denn ökologische Fragen werden für absehbare Zeit die politische Tagesordnung bestimmen. Das gilt sowohl für die staatlich-politische Agenda, auf der der Klimawandel seit dem vierten Sachstandsbericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) von 2007 einen prominenten Platz einnimmt, als auch für die Agenda politischen Protests, die von einer erstarkenden Bewegung für „Klimagerechtigkeit“ geprägt ist. Dazu kam in diesem Jahr der GAU von Fukushima, der die energiepolitische Debatte dynamisiert hat.

Es sind jedoch nicht nur Großunfälle, wissenschaftliche Befunde und die Politisierung der ökologischen Krise durch soziale Bewegungen, die der Ökologie-Problematik politisch Aufwind verschaffen. Eine zentrale Rolle spielt auch die aktuelle Krise der Wirtschaft und der Staatsfinanzen. Die neoliberalen Maßnahmen, mit denen diese zu bearbeiten versucht wird, greifen nicht. Im Gegenteil, sie drohen den Interessen relevanter Teile des Machtblocks in den kapitalistischen Zentren zuwiderzulaufen.

Das führt zu einer tiefen Verunsicherung unter den Regierenden, die durch die sozialen Auseinandersetzungen, wie sie von der arabischen Welt, von Tel Aviv, Wisconsin und der europäischen Peripherie ausgehend nun auch das Zentrum Europas zu erfassen scheinen, zusätzlich geschürt wird. Es geht dabei um nichts weniger als um ein neues politisches Projekt in der Krise des Neoliberalismus. Und dessen Gestalt wird sich wesentlich daran entscheiden, wie die ökologische Frage bearbeitet wird.

Das zeigt sich vor allem an den Debatten über einen Green New Deal: Durch eine ökologische „Effizienzrevolution“, eine Dekarbonisierung der Energieversorgung und die Schaffung von „Green Jobs“ soll eine ökonomisch-ökologisch-soziale „win-win“-Konstellation erzeugt werden, mit der sich der Kapitalismus gleichsam am eigenen Schopf aus der Krise zieht. Diese Strategie wird national und international von immer mehr sozialen Kräften unterstützt. Bei der Rio+20-Konferenz, die 2012 – 20 Jahre nach der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung – abermals in Rio de Janeiro stattfindet, wird sie bzw. werden die Debatten um einen „grünen Kapitalismus“ bestimmend sein.

Wir befinden uns also in einer historisch vergleichsweise offenen Situation. Das bedeutet auch, dass sich Möglichkeiten für radikaldemokratische Ansätze auftun, wie sie sich etwa in der Klimagerechtigkeitsdebatte artikulieren. Aus einer solchen Perspektive wären vor allem die wunden Punkte der Green-New-Deal-Diskussionen zu politisieren: Welche Rolle spielt soziale und globale Umverteilung? Wie wird die Wachstumsproblematik angegangen? Mit anderen Worten: Handelt es sich beim Green New Deal um ein neues, den Kapitalismus modernisierendes Herrschaftsprojekt, oder lassen sich positive Ansätze identifizieren, die über ihre kapitalistischen Beschränkungen hinausgetrieben werden könnten? Gerade in der „Energierregion“ Ruhrgebiet gibt es für solche Debatten und Auseinandersetzungen eine ganze Reihe von lokalen Anknüpfungspunkten.

Wir wünschen anregende Lektüre und entsprechende Praxis!
AMOS

Impressum ...	Seite 21
Abo-Bestellschein ...	Seite 21
Veranstaltungshinweis Abrahamsfest ...	Seite 11
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 7, 15, 17, 21
Beilagenhinweis ÖID und CBG ...	Seite 21
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 19
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 21
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Hermann Schulz

Ein schweigsamer Bauer aus dem Wendland

Dieses ist eine wahre Geschichte, deshalb nenne ich keine Namen. Jeder mag sie verstehen, wie er sie empfindet.

Der Hof des großen, hageren Bauern stand in einem Rundling von 12 Höfen. Seine Schwiegereltern hatten das Anwesen kurz vor dem 1. Weltkrieg erworben. Vor fünfzehn Jahren hatte er hier eingehiratet und den Hof durch Fleiß, Klugheit, Sparsamkeit und seine besonnene Art hochgebracht und Ansehen im Dorf erworben. In den Sommermonaten kam häufig die verwitwete Schwägerin mit vier Kindern aus dem Rheinland zur Sommerfrische. Die Gäste wohnten in der oberen Etage. Da lebten sie ein bisschen beengt, aber in der Kriegszeit war man froh, überhaupt irgendwo Ferien machen zu können. Die älteste Tochter der frommen Witwe, deren Mann, ein Geistlicher, kurz nach der Geburt des jüngsten Kindes starb, war elf Jahre alt. Sie hatte als einziges der Kinder noch Erinnerungen an ihren zärtlichen Vater, der von diesem Hof im Rundling stammte. Als das Mädchen von dem Tod des Vaters erfahren hatte, versteckte sie sich für viele Stunden in einem Schrank.

Die Witwe war sehr streng mit ihren Kindern und immer besorgt, dass sie auf dem Dorf schlechten Einflüssen ausgesetzt sein könnten.

Eines Nachts erwachte der Bauer, eine ihm unbekannt Unruhe hatte ihn erfasst. Seine Frau schlief an seiner Seite, er weckte sie nicht, um sie nicht zu beunruhigen. Er stand auf, steckte seine Füße in die Pantoffeln und ging leise durch alle Räume der Wohnung. Er brauchte kein Licht, draußen schien der Mond. Er prüfte, ob alle Türen abgeschlossen waren, sah in den Kuhstall. Eine Kuh stellte sich auf, sah ihn an und gab ein leichtes Brummen von sich.

Seine Unruhe wollte nicht weichen. Es stimmt in diesem Haus etwas nicht, dachte er, und ging in die Wohnräume zurück, überlegte, ob es nicht besser sei, sich wieder schlafen zu legen. Etwas hinderte ihn daran. Er blickte einen Moment lang durch das Fenster auf den naheliegenden Wald. Ein fast voller Mond beschien die Wiese und den schon aufziehenden Morgennebel. Ich muss morgen den Zaun erneuern, fiel ihm ein.

Wenn ich die Treppe hinauf gehe, könnte ich unsere Gäste im Schlaf stören, dachte er. Er stieg trotzdem, so leise wie möglich, die steilen Holzstufen hoch, auch im Vorraum und in den Schlafräumen der Gäste war alles ruhig. Er blieb einen Augenblick stehen und horchte in die Stille. Er öffnete die Tür, die zum Speicher führte, wo Würste und Schinken geräuchert wurden; er hatte sogleich den besonderen Geruch in der Nase. Als er schon auf der Mitte der Treppe angekommen war, sah er einen schwachen Lichtschein unter der Tür. Leise ging er weiter, blieb vor der Tür stehen und lauschte. Er war nicht sicher, ob da nicht doch ein Geräusch gewesen war. Dann öffnete er vorsichtig.

Auf dem schmalen Fensterbrett brannte ein Kerzenstummel. Dann sah er das elfjährige Mädchen. Es stand im Nachthemd barfuß auf einem Stuhl. Sie sah ihn aus großen Augen an, in denen eine Trostlosigkeit stand, die er von diesem Kind nicht kannte.



*Dies ist nicht der Hof des „schweigsamen Bauern“.
Foto: Hermann Schulz*

Dann begriff er, woher seine Unruhe kam. Das Mädchen hatte über den oberen Dachbalken einen Strick geschlungen und verknotet. Neben seinem Kopf bewegte sich leicht eine Schlinge. Das Mädchen rührte sich nicht, stand regungslos wie eine Puppe. Der Bauer ging langsam bis zum Stuhl und hob das Mädchen auf den Boden. Es blieb still neben dem Mann stehen, während er den Strick löste und leise sagte: „Datt brucken wie nich!“

Dann nahm er das Mädchen auf seinen Arm, wie man es mit kleinen Kindern tut, löschte den Kerzenstummel und machte sich auf den Rückweg durch die obere Etage, vorbei an der schlafenden Gastfamilie und weiter treppabwärts. Er brachte das jetzt leise weinende Mädchen in seine Schlafkammer, bettete es neben seiner Frau, die wach geworden war, und legte sich selbst in das breite Bett. Drei, vier Worte genügten, damit seine Frau Bescheid wusste. Dann begann das Kind leise zu sprechen, von den entsetzlichen Prügeln ihrer Mutter, wegen jeder Kleinigkeit – und weil sie den Heiland nicht genug lieben würde. Dann begannen die beiden Erwachsenen zu sprechen, um das Mädchen zu trösten und zu beruhigen. Sie redeten leise und lange, mehr als eine Stunde. Bevor sie gemeinsam einschliefen, sagte die Frau: „Wie snacken dat ohl trecht!“

Am nächsten Morgen nahm der Bauer seine Schwägerin zur Seite, erzählte ihr von seinem nächtlichen Erlebnis und sagte: „Solange du in meinem Haus lebst, schlägst du deine Kinder nie wieder!“

Das Mädchen erzählte erst 60 Jahre später von der nächtlichen Stunde: „Geschlagen hat unsere Mutter danach nicht mehr so viel. Aber sie kannte schlimmere Strafen.“ Auch den Bauern konnte ich noch befragen; er wurde 100 Jahre alt.

Hermann Schulz lebt als Autor in Wuppertal. Zuletzt sind einige seiner Geschichten unter dem Titel „Der Tag an dem ich meine Schularbeiten nicht mehr gemacht habe“ im NordPark-Verlag erschienen.

Wolfgang Belitz

Bruder – Genosse – Kollege

Am 3.9.2011 wird Günter Brakelmann 80 Jahre alt. Bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1996 war er Professor für christliche Gesellschaftslehre an der Ruhruniversität Bochum. Brakelmann ist die herausragende Persönlichkeit des sozialen Protestantismus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und der Gegenwart. Er ist vielfältig vernetzt mit zahllosen Menschen auf unterschiedlichen Ebenen in vielen Bereichen von Kirche und Gesellschaft. Am Rande dieses großen Netzwerks fühle ich mich verortet und berührt, weil Brakelmann in meinem beruflichen Leben wiederholt eine wichtige Rolle gespielt und meinen Werdegang beeinflusst hat.

Mit scheinbar unerschöpflicher Kraft hat der Sozialethiker und Zeithistoriker ein beinahe schon nicht mehr überschaubares literarisches Oeuvre vorgelegt, das er bis heute Tag für Tag weiterführt. Seine Bibliographie lässt sich in der Festschrift zu seinem 65. Geburtstag von 1996 und in der neuen Festschrift zum 80. Geburtstag nachlesen. Im Laufe der Jahre hat er mir ab und zu eine seiner Neuerscheinungen geschenkt und gelegentlich mit einer bezeichnenden Widmung versehen: ... dem Bruder, Genossen und Kollegen.

Diese Triade war und ist Programm und Praxis. Sie enthält in personalisierter Form Grundlegung und Verortung der sozialetischen Existenz in der Theorie und im Handeln. Der Lehrer der Theologie ist Kirchenmann, Synodaler, Mitarbeiter in den bedeutenden Kammern der EKD, Vertreter der Kirche in öffentlichen Institutionen. Der Sozialethiker ist Angehöriger der SPD, der Partei des Demokratischen Sozialismus und der Gesellschaft der Freien und Gleichen, dort Mitglied der Grundwertekommission. Der Zeithistoriker ist Gewerkschaftsmitglied, Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung und Vertreter ihrer Werte, vertraut wie keiner mit der Haltung der Kirche zur sozialen Frage, Mitglied in Aufsichtsräten. Kirche – SPD – Gewerkschaft: Bruder, Genosse und Kollege.

Mit dieser Triade war Brakelmann das Urbild, wenn nicht das Vorbild für meine Generation von Sozialpfarrern und Sozialsekretären in Deutschland. Die Sozialpfarrer und Sozialsekretäre in der EKD haben mehrheitlich im kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt diesen Weg beschritten. Auf der Grundlage des biblischen Zeugnisses, in den besten Traditionen der deutschen Sozialgeschichte traten sie mit dem linken Flügel der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für soziale Reformen in der Arbeitswelt ein. Ich nenne diese Erscheinung die BRUGEKO-Bewegung und habe Brakelmann immer als den Vater aller BRUGEKO's betrachtet, denen er viel zu sagen hatte, häufig in einer sehr speziellen Weise.

Brakelmann hielt lange Vorträge, schrieb umfangreiche Bücher, konnte aber auch immer wieder als Meister des alltäglichen Aphorismus in Erscheinung treten (z.B. Wer schreibt, der bleibt!). Seine volumenreiche, sonore, mit sanfter Kraft modulierende Stimme ist mir immer gegenwärtig.

Neben vielen anderen seiner Aphorismen ist mir auch der folgende Ausspruch in Erinnerung geblieben: „Man kann die Welt entweder von oben oder von unten betrachten, nur die Kirchen meinen, sie könnten die Welt von oben und unten zugleich betrachten.“ Nun kann es keinen Zweifel daran

geben, dass die Welt nach dem Vorbild unseres Herrn Jesus und mit der vom Glauben erleuchteten Vernunft von unten zu betrachten ist. Damit werden wir im Lichte des Evangeliums auf den BRUGEKO-Weg geführt, denn die Welt von unten betrachten meint nicht einfach „Option für die Armen“. Einfache Parteinahme gibt es nicht, es gibt nur komplexe Parteinahme. In der Sprache Brakelmans heißt das „argumentative Parteinahme“. Ich beschreibe und erläutere die sozialetische Positionierung so, dass auch „die da oben“ die Notwendigkeit sozialer Reformen zur Reduktion sozialer Ungleichheit einsehen können, auch wenn sie es nicht wollen. Selbst diejenigen, die die Welt von oben und von unten betrachten wollen, können die Argumentation verstehen.

Auf dem reformistischen Weg durch den Kapitalismus lautet nach Brakelmann die Frage nicht, „wie die Welt ist und wie sie sein soll“. Beschritten wird vielmehr der Weg einer „komparativen Ethik“, die den Dreischritt von Sehen, Urteilen, Handeln impliziert. Der Analyse gesellschaftlicher Ungleichheit folgt deren Beurteilung im Lichte der theologisch reflektierten Menschenrechte Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Der Übergang in die Praxis sucht nicht das Absolute, sondern fragt nach den kleinen Schritten zu weniger Unfreiheit, weniger Ungleichheit, weniger Gewalttätigkeit. Das heißt aber nicht, dass der BRUGEKO-Reformismus nicht inspiriert ist von der Hoffnung auf die Vollendung des kommenden Gottesreiches, in dessen Richtung und Linie er sich in gebührendem Abstand bewegt. So habe ich Brakelmans sozialetischen Realismus für mich adaptiert und in eine sozialetische Position transformiert, die sich in den vielen Jahrzehnten meines Berufslebens als Sozialpfarrer bewährt hat.

Wo immer ich hinkam auf diesem Weg, war Brakelmann schon da. Als ich 1970 als Sozialpfarrer nach Villigst kam, war er dort 10 Jahre vorher Mitarbeiter gewesen und hatte seinen Klassiker zur sozialen Frage des 19. Jahrhunderts geschrieben. Als ich 1983 das Glück hatte, Teilhaber des sozialetischen Gesamtkunstwerks „Hoppmann Modell“ in Siegen zu werden, erfuhr ich alsbald, dass Brakelmann in seiner Zeit dort als Studentenpfarrer Anfang der 60er Jahre den evangelischen Unternehmer und späterhin bedeutenden Sozialreformer Klaus Hoppmann im Rahmen der Sozialeseminare mit den Grundlagen des sozialetischen Denkens und den Sozialutopien des 19. Jahrhunderts vertraut gemacht hatte. Als ich 1995 das Sozialamt verlassen wollte, weil ich wegen meines BRUGEKO-Weges nicht Leiter des Sozialamts werden durfte, haben Brakelmann und der Personalchef der Landeskirche einen Weg gefunden, der mich ins SWI nach Bochum führte, dessen Direktor Brakelmann damals noch war. Es folgten gute Jahre bis zu meinem Ruhestand.

Allerhand Glückwünsche für Günter Brakelmann zum 80. Geburtstag, auch von der *AMOS*-Welt.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, seit über 10 Jahren ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von Wolfgang Belitz, erschienen von 1998 bis 2010, sind veröffentlicht in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von Walter Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Peter Strege

Fragen an und Antworten von Herrn Dr. Stemplewski, Vorstandsvorsitzender von Emschergenossenschaft und Lippeverband

Dr. Jochen Stemplewski steht als Vorsitzender des Vorstandes von Emschergenossenschaft und Lippeverband einer Organisation mit ca. eineinhalbtausend Mitarbeitenden vor; einer Organisation, die seit nunmehr über 100 Jahren erfolgreich die Aufgabe der Abwasserentsorgung der Emscherregion im Auftrage der anliegenden Genossenschaftskommunen versieht und heute die Umgestaltung der montangeprägten Region im Norden des Ruhrgebiets durch die Renaturierung des ehemals offen geführten Abwasserflüsschens verantwortet, das unter die Erde verlegt worden war und als Abwasserkanal bis zu einem der größten Klärwerke der Welt nach Dinslaken an den Rhein geführt wird. Gleichzeitig wird an der Oberfläche die ehemalige „Köttelbecke“ samt ihren Zuflüssen ökologisch umgestaltet. Die alte Emscher wird renaturiert und aus der verstaubdrahteten „Meidezone“ wird der Emscherlandschaftspark.

Die Aufgabe ist gewaltig. Der Aufwand beträchtlich. Veränderung von gestalteter bzw. verunstalteter industriell geprägter Landschaft und Heimat nach drei Generationen bedeuten für die Erbauer und die Menschen, die in dieser Region leben, Neuorientierung und mutig sinnstiftendes Handeln.

Peter Strege: Seit Umbaugedenken bringt sich die EG öffentlich ins Spiel. Sie will wahrgenommen werden und in ihrem Tun bestätigt sein. Die veränderte Selbstdarstellung bringt Kommunikationsbedarf mit sich. Diese Dialoge zu befördern gibt es eine Sparte, die sich Emscher Zukunft nennt und viele unterschiedliche Formate hat. Von Kunstförderung bis hin zur digitalen „Geschichtsschreibung“, vom Fotodesign bis hin zur Anekdotensammlung reicht die Palette der Anstrengungen. Wie werden diese neuen Bemühungen der EG im eigenen Hause wahrgenommen?

Dr. Jochen Stemplewski: Die EG ist als öffentliche Einrichtung, die seit über 100 Jahren in der Region Wasserwirtschaft betreibt und die Region damit aktiv mitgestaltet, ohnehin im Spiel und wird wahrgenommen. Während der historische Ausbau des Emschersystems vor hundert Jahren sicherlich ohne große Dialoge mit der Öffentlichkeit durchgeführt wurde, steht heute das „Mitnehmen“ der Bürgerinnen und Bürger oben an.

Dialoge gibt es dabei nicht nur als „Emscher Zukunft“. Sie finden auf vielen Ebenen und zu vielen Themen statt. Dabei sind Themen der Kunstförderung und die „Geschichtsschreibung“ ein wichtiger Teil, die Umweltbildung mit den Schulmaterialien und den Bachpaten ist uns genauso wichtig. Ebenso umfassen die meisten Baumaßnahmen den Dialog – mit vielen Kommunikationsangeboten für die Anwohner. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus sind daran vielfältig beteiligt. Es bedeutet für sie viel Arbeit, die sie mit großem Engagement wahrnehmen. Dass Kunstförderung und Umweltbildung ein wichtiger Teil der Kommunikation ist, ist im Haus anerkannt.

Mit den Umbaumaßnahmen, die Eingriffe im Erscheinungsbild der gesamten nördlichen Ruhrgebietsregion mit sich bringen, insbesondere mit der Renaturierung des ehe-

mals betonierten Emscherverlaufs, wird Heimat verändert. Was kommt auf die Mitarbeiter des Hauses zu, und wie sind sie darauf vorbereitet, wenn sie in der „Pläne“ unterwegs sind?

Viele unserer Mitarbeiter stammen aus der Region und wohnen hier. Alle Projektleiter machen ihr Projekt, z. B. den Umbau eines Baches, zu „ihrem“ Thema bzw. „ihrem“ Gewässer. Sie kennen sich auch im Detail und in der Örtlichkeit sehr gut aus und stehen hinter ihrer Aufgabe. Das macht sie sprachfähig in der „Pläne“.

Das seit 100 Jahren festgefügte Selbstverständnis der Wasserbauer findet nach stillschweigender Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben plötzlich öffentlichen Widerhall. Die EG wird medienwirksam und kommt vor. Wie wird diese veränderte Außenbehandlung des wasserbauerischen Auftrags und die zukunftsprägende Arbeit der EG im Haus diskutiert?

Das wird intensiv wahrgenommen, auch durch die Medieneinstellung, und sehr positiv gesehen.

Mit der veränderten Auftragslage ist die EG politischer geworden. Ihre Belange sind plötzlich von deutlich sichtba-

rem öffentlichen Interesse. Wie geht eine behördenähnliche Genossenschaft mit den Anforderungen neuzeitlicher Planung und landschaftsgestaltender Aktivität um?

Wir verstehen uns nicht als „Behörde“, vielleicht kann man uns als genossenschaftliches Traditionsunternehmen des öffentlichen Dienstes bezeichnen. Dies ist Garant für eine Verbundenheit mit der Region und ihren Aufgaben. Diese Aufgaben unterliegen – wie die Region – einem Wandel, dem wir mit einem großen Team kompetenter Mitarbeiter vieler Fachrichtungen und aller Altersgruppen begegnen. „Neuzeitliche Planung“ und Landschaftsgestaltung im weitesten Sinne sind deshalb schon lange unser Tagesgeschäft.

In den legitimatorischen Aufwand hin zur Neugestaltung und Überformung des Emscherraumes werden unterschiedlichste Berufsgruppen mit einbezogen, die bislang keinerlei Kontakte zur Abwasserbeseitigungsfirma hatten. Die EG organisiert Bereisungen und schafft Raum und Gelegenheit für

Begegnungen. Inwieweit ist die technische Intelligenz Ihres Apparates bei diesen Ereignissen beteiligt, und wie ist deren Rückmeldung ins Haus?

Die Frage bestätigt die Vielfalt unseres Dialoges, nach dem Sie eingangs schon fragten. Die „technische Intelligenz“ unseres Hauses, wie Sie sie nennen, ist auf unterschiedliche Weise immer dabei. Es geht schließlich um ihre Standorte und technischen Planungen, die die vielen Projekte neben den „klassischen“ der Abwasserbeseitigung überhaupt erst ermöglicht haben. Die Fülle unterschiedlicher Aufgaben rund um den Wasserkreislauf prägt unser Selbstverständnis.

Der Emscherraum, besser noch der Umraum, die Landschaft, die Kulturlandschaft, Menschengemischtes mit zutrittsbeschränkter offener Abwasserrinne, wird zum Landschaftspark. Das ruft Kritiker wie Befürworter auf den Plan. Hoffnungen und Erwartungen machen sich breit. Wie geht die öffentlichkeitsgenötigte Institution der „stillen“ technisch brillant bearbeiteten Auftragslage aus der Vergangenheit nun mit der neuen, der zukunfts gestaltenden Auftragslage um?

Zukunft mitgestalten zu können und das in einer Dimension wie beim Emscherumbau hat eine hohe Motivation für die Beteiligten. Der Umbau des Emschersystems bewegt uns als Mitarbeiter des Emscherumbaus sehr.

Das in der Öffentlichkeit neuerdings wahrzunehmende Engagement der EG wirft Fragen nach ihrem Selbstverständnis, nach ihrer demokratischen Legitimation, auf. Wie organisiert die EG die notwendigen Diskussionen und die Beteiligung von Betroffenen, wenn es um die orientierende Wahrnehmung bei Veränderungen geht?

Das Engagement der EG wird nicht erst neuerdings wahrgenommen. Der Umbau der Emscher erfolgt nicht durch die EG allein, sondern unterliegt von Anbeginn an einem demokratischen Beteiligungs- und behördlichen Genehmigungsprozess. Ich glaube, es gibt wenig Großprojekte, die eine so frühzeitige und starke Öffnung gegenüber den zu beteiligenden Institutionen und Bürgern gesucht haben. Mit fortschreitendem Umbau des Systems haben wir dieses gezielte Informieren und Mitnehmen der Öffentlichkeit immer weiter ausgebaut. Dass dies ankommt, belegt zum Beispiel die Tatsache, dass es kaum ein umgebautes Gewässer, keinen noch so kleinen, neuen Emscherbach gibt, für den es nicht schon eine Bachpatenschaft gibt oder Anwärter darauf. Wenn Sie in Ihrer Einlassung von „demokratischer Legitimation“ sprechen: Das ist sozusagen Abstimmung mit den Füßen, und zwar hin zu unserem Umbau und durch die Jugend, die uns besonders wichtig ist.

Neben der Vermittlung von technischen Prozessen hat, auf Grund der ästhetisch wahrnehmbaren Möblierung der neu gestalteten Landschaft, die EG ein Kunst- und Kulturvermittlungsproblem. Akzeptanz und Widerstand sind oft Antworten auf die Bereicherung der gekannten Welt. Wie bearbeitet die EG die Probleme, die durch die von ihr gesetzten „Duftmarken“ entstanden sind?

Ich glaube nicht, dass wir selbst ein Problem der Kunst- und Kulturvermittlung haben – wir sehen gleichwohl den

Anstoß zur Vermittlung als eine wichtige Aufgabe. Diese nehmen wir ernst, indem wir Kunst- und Kultur als Teil des Emscherumbaus begrüßen und stimulieren. Ohne diesen Umbau als Idee oder neue Realität wären diese Projekte auch kaum möglich geworden. Die „Vermittlung“ über das Kunstwerk leistet dann übrigens der Künstler mit seinem Bild von diesem Prozess.

Der Meideraum Emscherzone wird zum begehrten planerischen Objekt. Die „no-name-Landschaft“ von einst zieht das Interesse vieler („art“)fremder Menschen auf sich. Die „Eingeborenen“ werden betrachtet. Wie schützt die EG die „endogene Population“, insbesondere vor zynischer Befragung?

Den Begriff „no name-Landschaft“ kann ich so nicht stehen lassen. Oben haben Sie ja von „Heimat“ gesprochen. Diese Etiketten passen m. E. nicht zusammen. Wir müssen auch keine „endogene Population“ schützen. Zum einen ist das mit der endogenen Population so eine Sache in einer Region, die immer von Zuwanderung gelebt hat und gerade in den letzten Jahrzehnten einen deutlichen Wandel vom Montanrevier zu einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft erlebt hat. Zum anderen habe ich z. B. erst kürzlich eine Fotoausstellung in Castrop-Rauxel mit eröffnet, die „Hoffentlich besuchen uns ganz viele“ heißt. Wir „Eingeborenen“ sind stolz, dass unsere Emscherregion vom Hinterhof zum Vorgarten wird und auch Tourismus heute ein Thema ist. Es wird hier im Übrigen nicht mehr begafft als in den Vorgärten am Tegernsee oder auf den Warften der Halligen.

Fremde und Einheimische haben „die neue Emscher“ als Gemeinsames in ihrer Wahrnehmung. Wie gestaltet die EG das gemeinsame Erlebnis des Neuen und wie organisiert sie die zwischenmenschlich demokratische Erneuerung des Siedlungs- und Ballungsraumes?

Wir begrüßen es, dass Fremde und Einheimische, wie Sie sagen, die neue Emscher gemeinsam wahrnehmen. Wir können und wollen das nur in Grenzen organisieren. Aber ein Verein wie die Emscherfreunde kann dazu einen Beitrag leisten.

Wiedergewonnene Natur mit Abwasserkanal im übergrünten Keller auf einer Fläche megaurbanen Zuschnitts mit zumeist industriedörflichem Charakter wirft Fragen auf, die eher philosophisch-soziologischen Zuschnitts als wassertechnischer Art sind. Wie bindet die EG die kulturfremden „Helferlein“ und Spezialisten in die beginnende Neuorientierung ein, und wie begleitet sie die ungewissen identifikatorischen neuzeitlichen Prozesse?

Die Frage ist etwas unverständlich. Ich würde sagen: Mit Dialog, Kunst, Kultur, Umweltbildung und Engagement.

Die EG macht, ob sie will oder nicht, Politik dadurch, dass sie Welt verändert. Welches politische Selbstverständnis bestimmt Ihr Handeln und das Ihres Hauses?

Wir fühlen uns als Teil der demokratischen Öffentlichkeit und der Region. Die Kommunen des Emscherraumes tragen uns als Mitglieder und „Genossen“ und bringen ihre Vorstel-

lungen ein. Unser Handeln ist daher Dienstleistung für die Region und ihre Zukunft. Wir sind überzeugt, dass der Umbau des Emschersystems ein großer Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Region ist, Lebensqualität, Arbeitsplätze und Natur schafft.

.....

Ralf Schumacher

Die neue Emscher:

Wildnis oder Sohlenschale?

Bereits 1992 begann die Emschergenossenschaft mit der naturnahen Umgestaltung der Emscher und ihrer Nebenläufe. Viele ehemalige Meideräume mit den obligaten Betreten-Verboten-Schildern haben sich seitdem wieder zu Freiräumen für Menschen, Tiere und Pflanzen entwickelt. Heute verschwinden die Bäche im Dickicht von Gräsern, Sträuchern und Bäumen. So fordert die neue Wildnis auch ihren Tribut – die gerade wiedergewonnenen Freiflächen drohen den Menschen erneut verloren zu gehen. Wie soll das Miteinander von Mensch und Natur an der Emscher in Zukunft gestaltet werden? Welche Formen des Naturerlebens am Fluss wünschen sich die Bürger? Diese Fragestellungen standen im Mittelpunkt der Fachtagung ZU NEUEN UFERN im Wissenschaftspark Gelsenkirchen und bei der Veranstaltungsreihe Perspektivenwechsel des BRIDGES Fotoprojekts Emscher Zukunft. Beide Formate haben zum Ziel, den Austausch zwischen Beteiligten aus unterschiedlichen Disziplinen – von Wasserwirtschaft, Planung, Ökologie bis hin zu Fotografie, Kunst, Bildung etc. – zu stärken und damit Denkanstöße und Impulse für die regionale Entwicklung zu geben.

Hier ein paar Teilnehmerstimmen: Für Stadtplaner und Fotograf Jürgen Evert sollten die Planer bei der Neugestaltung der Räume auch die Freiheit der Aneignung berücksichtigen. „Planung sollte Spielräume eröffnen, in denen Menschen sich entfalten können. So ist ein Trampelpfad durch die Wildnis zum Fluss eine Einladung zu einem spannenden Raumerlebnis“, sagt Evert. Fotograf Joachim Schumacher möchte neben der Natur die Geschichte der Emscher nicht vergessen: „Ich wünsche mir, dass auch das gradlinige, geometrische Element der Emscher an einigen Stellen erhalten bleibt – es hat unsere Landschaft über Jahrzehnte geprägt.“ Roland Günter, Vorsitzender des Deutschen Werkbunds NRW, geht noch einen Schritt weiter: „Auch eine Anzahl Betonstücke, die Sohlenschalen der alten Emscher, und eine Anzahl wilde Szenerien sind es wert erhalten zu werden. Man muss darüber diskutieren.“ Fotodesignerin Anja Cord sieht in der Vielfalt die größte Chance: „Das Ruhrgebiet ist Vielfalt, dann sollte die neue Emscher ebenfalls diesem Sinnbild entsprechen.“

Die vier exemplarischen Positionen machen deutlich, dass es bei einem Generationenprojekt wie dem Emscher-Umbau nicht den einen Weg gibt. Der Dialog wird daher auch in den kommenden Jahren fortgeführt.

Ralf Schumacher, Dipl.-Ing. Landschaftsplanung, Leiter Stabsstelle Emscher-Zukunft der Emschergenossenschaft, Essen

Lesetipp

Grün Verrohrt

Kunstabuch von Peter Strege

Mit einem Vorwort von Manfred Walz

2011, ISBN 978-3-86206-092-4

Dieses Kunstbuch wirkt beim Betrachten und Lesen; es entstehen und ändern sich Bilder, Empfindungen und Erwartungen. Wer an die Emscher denkt, diesen Fluss in Ost-West-Richtung zwischen Ruhr und Lippe, immer wieder von Menschen umgestaltet, sollte dieses Buch zur Hand nehmen. Peter Strege versammelt auf 84 Seiten im DIN-A-3-Querformat eigene Fotos und Bilder (Aquarelle, Acryl und Öl), eigene Texte und Handzeichnungen in Collagentechnik auf den großformatigen Seiten. Dank der sorgfältigen farbigen Gestaltung birgt jede Seite/Doppelseite Überraschungen und macht neugierig zu begreifen, Fragen zu stellen und das Thema wie auch Streges Sicht und sich selber dabei zu verstehen.

Worum geht es? Was ist das Thema? Vor gut 100 Jahren gründeten die Städte im Ruhrgebiet als Gesellschafter die Emschergenossenschaft und machten aus dem kleinen Fluss Emscher einen Abwasserkanal, nach oben offen, begradigt und betonierte, eingezäunt. Betreten verboten. Es war ein zivilisatorischer Fortschritt, in einem einzigen dafür ausgewiesenen Wasserlauf so gut wie alle Abwässer aus dem gesamten Ruhrgebiet zu sammeln, möglichst auch zu „reinigen“, bevor diese Kloaka Maxima sich in den Rhein ergießt. Die Emschergenossenschaft hat permanent und meist im Stillen – auf dem Stand der jeweiligen Technik – beachtliche wassertechnische Ingenieurleistungen vollbracht. Die Städte sind durch Umlage zur Finanzierung verpflichtet. Im Zuge der IBA Internationale Bauausstellung Emscherpark in den 1990er Jahren kam die faszinierende Idee auf, zweierlei zu tun: die Alte Emscher als Abwasserkanal im gesamten Verlauf von Unna bis zum Rhein unterirdisch zu verrohren und dann darüber die Neue Emscher als „natürlichen“ offenen Flusslauf sich entwickeln zu lassen aus Tagwasser, also aus Regen und gelegentlichen Quellen. Diese Vision wird seitdem umgesetzt als ein Jahrzehnteprojekt, als eins der größten Projekte in Europa.

Infolge der Bodenverwerfungen (z.B. infolge von Bergsenkungen durch den Bergbau) müssen von Osten nach Westen Höhenunterschiede überwunden werden: durch Pumpstationen. Das war schon bei der alten Emscher so, z.B. wohnen Peter Strege und Sigrid Breinel selber in einer alten Pumpstation im Dortmund West (vgl. Menschenorte 1 in AMOS 4/2008, S.19). Und Pumpen braucht es auch weiterhin – für die unterirdische Kloake ebenso wie für den überirdischen neuen Flusslauf Neue Emscher. Dazu kommt: Weil die Neue Emscher sich landschaftlich ins Gelände einschmiegt und mäandert, mal breiter und mal schmaler wird, entfällt zwar die alte Eisenzaun-Einzäunung, aber es entsteht eine neue Unzugänglichkeit an manchen Strecken. Das Ufergelände ist offen, sumpfig, wilder Wald wächst, im steten Wandel begriffen. Naturpflanzen wie Brennnessel und Dornengebüsch wachsen heran. Nicht das am Ufer grasende Reh oder das dösiges Paddelboot auf dem sanft dahin strömenden Fluss schaffen Bilder, sondern Gummistiefel, Bretterstege, Mechaniker und Pumpen. In „Grün Verrohrt“ von Peter Strege und in der Realität.

Streges Kunstbuch „Grün Verrohrt“ führt in diese Welt ein. In angemessener Sympathie zur Komplexität dieser Industrie-Natur-Kultur. Wenn man sich auf dieses Kunstbuch in Ruhe und mit Bedacht einlässt, dann leuchten komplexe Zusammenhänge auf, um sich zu wundern und sich verwundern zu lassen. Das Buch gehört auch in die Hände vieler Menschen in der Nachbarschaft der Neuen Emscher; Anwohner sind ja bisher ausgeschlossen gewesen durch den großen unüberwindlichen Eisenzaun – es sei denn, Mut probende Erwachsene oder abenteuerlustige Jugendliche sind mal drübergeklettert. Anwohner (und Entscheidungsträger) mögen sich nun und in Zukunft um ihre Neue Emscher kümmern, dabei diesem Fluss Zeit und Ruhe gönnen, um sich weiter zu entwickeln.

„Reine Natur“ gibt es nie und nimmer, auch nicht im Emschertal. Peter Strege spielt mehrmals mit Caspar David Friedrichs berühmtem romantischen Altarbild „Kreuz im Gebirge“ – in feiner, leicht ironischer Distanz; „Andacht“ und „stille Natur pur“ sind bei der Emscher und in „Grün Verrohrt“ eher nicht angesagt.

Ich erinnere an die Bergehalden im Ruhrgebiet und wie aus fürchterlichen künstlichen, an die 100 m hohen Aufschüttungen-Halden von den Gesteinsresten aus dem Bergbau nach und nach Erhebungen mit Gras und Pflanzen wurden und inzwischen großartige Kunstwerke als „Landmarken“ begehbar sind. Zu reden ist anstelle von „Natur pur“ von „gesellschaftlichen Naturverhältnissen“ (Christoph Görg, Ulrich Brandt, Markus Wissen). Mich erinnert dieses Kunstbuch von Strege auch an Italo Calvino „Die unsichtbaren Städte“ (seit 1972) – ein Kultbuch und Langzeitklassiker der Stadtkultur-Debatten. „Grün verrohrt“ hat das Zeug vom Geheimtipp zum Langzeit-Klassiker in den Industrie-Natur-Kultur-Debatten heute und morgen. (Hartmut Dreier)

Paul Wagner

Eine neue Marke: Die „grüne“ RAG?

Der Steinkohlebergbau in Deutschland steht vor dem Aus – und versucht, sich ein neues Image jenseits der Kohle zu geben

„Der deutsche Steinkohlebergbau hat die industrielle Entwicklung in Deutschland maßgeblich vorangetrieben und damit entscheidend zum Wohlstand der Bevölkerung beigetragen.“ So beginnt der Vorsitzende des Vorstandes der RAG Aktiengesellschaft, Bernd Tönjes, einen längeren Aufsatz mit dem Titel „Was Brachflächen und Klimateffizienz gemeinsam haben – Mit voller Energie für den Strukturwandel“ (in: Klaus Engel/Jürgen Großmann/Bodo Hombach (Hg.): Phoenix flieg! Das Ruhrgebiet entdeckt sich neu – Klartext Verlag, Essen 2011). Im Folgenden führt Tönjes aus, wie sich der Bergbau „als der größte Flächeneigentümer im Ruhrgebiet“ seiner „besonderen Verantwortung“ bewusst ist und sich „zum Ziel gesetzt hat, den ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Dimensionen des Strukturwandels durch nachhaltige Konzepte für die weitere Nutzung ehemaliger Zechengelände gleichermaßen gerecht zu werden.“

Die RAG, Vorgängerin der heutigen Evonik, entstand 2006, als Chemie (der weiße Bereich) und Bergbau (der schwarze Bereich) voneinander getrennt wurden. Zum 1. September 2007 übertrugen die Altaktionäre E.ON, RWE, ThyssenKrupp und ArcelorMittal ihre Anteile an Evonik vollständig auf die RAG-Stiftung, die sich um den „Nachlass“ des Bergbaus kümmern soll. Schon damals war ziemlich klar, dass die deutsche Steinkohle keine Zukunft mehr haben würde. Nur die Kohle-Lobbyisten der SPD sahen in der sog. Revisionsklausel noch die Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung für den Steinkohlebergbau. Inzwischen ist auch das kein Thema mehr: Das Ende des Steinkohlebergbaus ist beschlossene Sache; für die RAG geht es jetzt „nur noch“ um die Abwicklung.

Vor diesem Hintergrund haben die Worte des Vorstandsvorsitzenden der RAG ihre besondere Bedeutung.

Dass der Steinkohlebergbau eine ganze Region und eine ganze Epoche geprägt hat, steht außer Frage. Nicht nur, dass der mit dem Beginn des Bergbaus einsetzende Zustrom von Arbeitskräften mit seiner ethnischen Durchmischung der Bevölkerung im Ruhrgebiet einen bis heute typischen Menschenschlag hervorgebracht hat –, auch die Landschaft dieser Region trägt die unübersehbaren Zeugnisse und Hinterlassenschaften des Bergbaus. Der Bergbau hat Menschen und ganzen Landstrichen seinen Stempel aufgedrückt. Insbesondere beim Umgang mit der Landschaft und Natur waren die bergbautreibenden Unternehmen nie besonders zimperlich; ganze Landstriche wurden so „vergewaltigt“, dass von ihrer Ursprünglichkeit nichts mehr übriggeblieben ist. Auch mit den verbleibenden oberirdischen Restflächen des Bergbaus haben deren Verwalter bislang nur selten vermitteln können, dass ihnen das Allgemeinwohl am Herzen liegt. Meist stand eben gerade nicht das im Vordergrund, was Tönjes heute als „besondere Verantwortung“ des Bergbaus benennt, sondern es ging schlicht und einfach um eine möglichst ertragreiche „Umwandlung“ der entstandenen Brachflächen, die bis

heute nicht abgeschlossen ist. Das aus dem 19. Jahrhundert stammende Bergrecht, wonach die Unternehmen fast widerspruchsfrei schalten und walten konnten, wie sie wollten, hat offenbar die Grundhaltung der Verantwortlichen beeinflusst. Nicht umsonst hat man das Bergrecht als Feudalrecht bezeichnet.

So kann man an vielen Orten des ehemaligen Reviers feststellen, dass die nach der Aufgabe des Bergbaus entstandenen Industriebrachen eben nicht durch neue Industriezweige ersetzt wurden, sondern überall da, wo es die zurückgelassenen Bodenqualitäten erlaubten, wurden die freigewordenen Flächen mit ‚höherwertigen‘ Nutzungen belegt – ‚höherwertig‘ wohl gemerkt immer aus der Sicht der Flächeneigentümer. Die in der Regel kontaminierten Restflächen wurden der Öffentlichen Hand zur ‚Entwicklung‘ überlassen, d.h. sie wurden zu Lasten der Steuerzahlenden saniert und einer Weiternutzung zugeführt, z.B. für Freizeiteinrichtungen oder Freizeitnutzungen.

Angesichts der bevorstehenden Schließung der letzten Steinkohlegruben in Bottrop und Marl hat sich unter Federführung der Stadt Bottrop eine Arbeitsgruppe ‚Bergbauflächen‘ etabliert, die versuchen will, gewissermaßen auf Augenhöhe mit dem Bergbau, die bisherigen Praktiken der ‚Flächenverwertung‘ so zu verändern, dass bei der Flächenverteilung auch die Kommunen angemessen berücksichtigt werden. Die Städte sind dabei bislang allerdings unter sich geblieben; der Bergbau hat noch keine Signale gegeben, den gebeutelten Kommunen beim unvermeidlichen Strukturwandel helfen zu wollen.

Wenn jetzt die RAG-Oberen sozusagen die Flucht nach vorn antreten, geht es prinzipiell auch bei dem, was heute unter dem neuen Schlagwort der „grünen RAG“ der Öffentlichkeit vermittelt werden soll, im Wesentlichen um eine Vermarktungsstrategie.

Überall in den ehemaligen und Noch-Bergbauzonen rühren die Vertreter der RAG neuerdings die Trommel und werfen ökologische Szenarien (per Beamer) an die Wand, als ob sie die Energiewende quasi erfunden hätten. Da werden Pumpspeicherkraftwerke auf Halden und in ehemaligen Schächten, geothermische Nutzungen und Windkraftanlagen dem staunenden Publikum wie Selbstverständlichkeiten vor Augen geführt. Die RAG will, so hat es Tönjes abschließend in seinem Aufsatz formuliert, „in den nächsten Jahren bei der Revitalisierung von Brachflächen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Impulse für mehr Klimateffizienz geben“. Und man hat auch schon die Kooperationspartner bei der Hand, wie ein RAG-Vertreter bei einer öffentlichen Präsentation des neuen Konzeptes auf Nachfrage bestätigte: Einer davon ist RWE. Da wird der aufmerksame Zeitgenosse hellhörig: Der Noch-Konzern RAG arbeitet also zusammen mit einem seiner ehemaligen Anteilseigner. Also wieder die alten Seilschaften;

man bleibt unter sich! Oder soll man etwa anderes aus dieser Kooperation schließen? Wohl nicht, denn auch RWE gibt sich inzwischen progressiv als Vertreter der Stromwirtschaft mit grünem Mäntelchen aus. Man ist flexibel, korrigiert sein Profil dem aktuellen Trend entsprechend, aber das Geschäftsmodell und die Strategie bleiben die gleichen. Man will sich nichts aus der Hand nehmen lassen. Da braucht man sich auch keine großen Sorgen zu machen, denn die sog. Energiewende nimmt den Konzernen zwar nach und nach die sprudelnden Geldquellen aus dem Betrieb der Atomkraftwerke, aber auch der neue Markt der regenerativen Energien ist schließlich ein lukratives Geschäftsfeld. Die auf den ersten Blick so alternativen Ankündigungen des RAG-Vorstands erwecken den Eindruck eines Umschwenkens, sie sind es aber nicht. Man stellt sich scheinbar anders auf, spielt aber nach der gleichen Taktik.

Die Nachnutzung der bergbaulichen Hinterlassenschaft gewinnbringend zu gestalten, ist Aufgabe der Konzernleitung. Aus dieser Perspektive kann man den Vorstandsherren auch keinen Vorwurf machen: Sie tun nur ihre Pflicht – im Interesse der Anteilseigner. Sich aber als Vorkämpfer einer neuen Zeit darzustellen, das kann man ihnen beim besten Willen nicht abnehmen. Oder glaubt etwa jemand, dass aus einem Wolf über Nacht ein Lamm werden kann?

Paul Wagner, Lehrer i.R., lebt in Marl und ist dort seit 1978 für die Wählergemeinschaft Die Grünen Marl engagiert, die er auch mit gegründet hat. Er war 30 Jahre lang im Stadtrat und arbeitet heute noch als Sachkundiger Bürger im Stadtplanungs- und Bauausschuss.

Rolf Euler und Manfred Walz

Menschenorte 12

Ausgleich – ökologisch gerechnet. Bei Berthold Kalverkamp in Recklinghausen

Eine Idylle, umstanden von hohen Eichen, erreichbar über einen schmalen Pfad. An einer Streuobstwiese, am kantigen Felsbrocken mit Vogeltränke vorbei, links hinter dem Kaninchengehege mit fröhlichen Kindern öffnet sich der Hof. Glashaus, Backofen und Werkstätten links, rechts die umgebaute Scheune mit Küche, hinten das große Hofgebäude mit der Deele und den Holzladen, den kleinen Fenstern im Fachwerk und den abgegriffen schimmernden Klinken. Sind wir im Münsterland? Sind das Kinder im Gehege? Wir sind im Ruhrgebiet auf dem Schulbauernhof Recklinghausen!



Kinder, die Tiere behutsam anpacken, die ausmisten, umgraben, Holz hacken, Beete anlegen und ernten. Sie erfahren die Natur, den Wald in der Nähe und sich selbst dabei – seit 20 Jahren in immer neuen Generationen. Eine Idylle? Nein, eher lustvolles

und sinnreiches Erleben einer direkten, einer anfassbaren Natur, gemeinsam mit dem „Banknachbarn“ in einem anderen Alltag.

Die „andere Schule“, die Berthold Kalverkamp in 20 Jahren für immer neue Generationen aufgebaut hat, ist bedroht: Zwischen den Eichen, hinter Streuobstwiesen und den Vogelhecken aus Hundsrosen und Brombeeren kommt er heran – der Strukturwandel mit Möbelhaus und Fastfood, mit Gewerbehallen und riesigen Parkflächen für Lkws und noch mehr Pkws: der normale Konsum- und Arbeitsalltag in großen Baueinheiten – eine monozentrische Gegenwelt. Der Schulbauern- und Naturschutzhof passt nicht in diesen Strukturwandel. Der Hof soll Ausgleichsfläche für neu versiegelte Bau- und Fahrflächen werden und damit helfen, die ökologische Gesamtrechnung für ehemalige Feldwiesenlandschaft im Recklinghauser Osten im gerechneten Resultat herzustellen.

Die Streuobstwiesen, Garten- und Wiesengehege, der Bauerngarten und die Baumwurzelgrotte fügen sich nicht ins Rechenraster. Sie sollen so verändert werden, dass die gewerblich durch Parken und Straßenbau versiegelten Großflächen im neuen Baugebiet rechnerisch „ausgeglichen“ werden.



Die langfristig wirkenden Erfahrungen der Heranwachsenden, die besonderen Naturen und der „sozialökologische Wert“ des Hofes erhalten in dieser Rechnung kein Gewicht.

Berthold Kalverkamp ist 1978 ins Ruhrgebiet gezogen. Er kam von einer Kötterstelle mit 40 Morgen aus dem Münsterland. Acht Kinder waren sie und jeder musste mithelfen in der kleinen Bauernwirtschaft. Im Anpacken „habe ich mehr gelernt als in der Schule, viele ursprünglichen Dinge waren da dran“. Als Zweitältester war er nicht der Hoferbe und sollte Pastor werden, aber Lehrer ging auch, sagt der Bauer und Studiendirektor. Er hat hier in weiter Bauernlandschaft einen Hof gefunden – nahe bei der ehemaligen Zeche König Ludwig. Ein Trinkwasserbrunnen darf nicht gebohrt werden, die alten Bodenbelastungen lassen das nicht zu. Aber die zwei Lebensziele lassen sich verbinden: Mit Händen werken, mit Tieren leben, also das Leben „begreifen“ und diese Erfahrungen Kindern nahe bringen, das ist hier möglich.

„Soll die Karre zu den Hühnern?“, fragt ein Junge, der die Schubkarre gerade so schieben kann. Damit ist der Lehrer angefordert und unser Gespräch zu Ende. Es bleibt gerade noch Zeit zu erfahren, dass Spenden dringend gewünscht sind, um den Hof mit einem Vorhaben- und Erschließungsplan als eigenen Betrieb listig in diesen Strukturwandel doch noch einpassen zu können.

Spenden würden jetzt helfen, den Ort für Eure Kinder, Enkel und unsere Nächsten zu halten: www.schulbauernhof.de

Rolf Euler, (Text) Mitgründer von AMOS, Bergmann auf der Zeche General Blumenthal in Recklinghausen, jetzt im Ruhestand mit Bedarf an kommunikativen Zuständen

Manfred Walz, (Text + Zeichnung + Foto) Jg. 1940, in Synthese von Naturwissenschaften und Kunst in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner; immer zeichnend, und seit 1984 Titelblattzeichner des AMOS

Ulrich Hüpke

Landwirtschaft im Ruhrgebiet – gestern, heute, morgen?

Mit einem Anteil von 0,9 Prozent (absolut: 20.500) an den Erwerbstätigen und 0,3 Prozent der Bruttowertschöpfung im Jahr 2002 scheint die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft als Wirtschaftsabschnitt im Ruhrgebiet ziemlich unbedeutend zu sein, zumal die 4.930 landwirtschaftlichen Betriebe (2007) zur Versorgung der hiesigen Bevölkerung mit Lebensmitteln wirklich nicht erforderlich sind. Der allergrößte Teil der Nahrungsmittel muss sowieso aus anderen Regionen und Ländern ins Revier importiert werden.

Ganz anders sieht es bei der Flächennutzung aus. Mit fast 40 Prozent ist die Landwirtschaft im Ruhrgebiet nach wie vor der größte Flächennutzer. Weit mehr als die Hälfte aller Grün- und Freiflächen zwischen Ruhr und Lippe werden durch die landwirtschaftliche Nutzung gestaltet und sind in ihrem Erscheinungsbild, in ihrer Ästhetik agrarisch geprägt, allerdings mit abnehmender Tendenz: allein im Jahr 2009 um mehr als 1.000 Hektar, verbunden mit über 200 Hofaufgaben und etwa doppelt so großen Arbeitsplatzverlusten.

Markenteilungen – Grundlage der Industrialisierung und Siedlungstätigkeit

Diese landwirtschaftlichen Flächenverluste haben vor bald 200 Jahren begonnen. Ursache war nicht allein die Industrialisierung, sondern eine – sich über Jahrzehnte hinziehende – völlige Umkämpfung des Rechtssystems.

Zentrales Element waren die preußischen Agrarreformen: Die Bauern wurden von personenbezogenen Abgaben an ihren Grundherren befreit, und der – im Ruhrgebiet bereits zu einem großen Teil privat genutzte – Boden wurde in privates Eigentum umgewandelt, das von nun an frei gehandelt und nahezu beliebig genutzt werden konnte. Dafür haben die Bauern hohe Ablösesummen zahlen müssen.

Das Wichtigste aber war die Markenteilung:

- die Parzellierung der zumeist als Weide gemeinschaftlich genutzten Marken (hiesige Bezeichnung für Allmenden), die damals noch die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen umfassten,
- die Auflösung der Markgenossenschaften, die die gemeinschaftliche Nutzung regelten, und
- die Privatisierung der Teilflächen.

Vor allem in diesen geteilten Marken haben die Industriellen Grund und Boden erworben, Betriebe aufgebaut und die angeworbenen Arbeitskräfte in Werkwohnungen untergebracht, wobei die Siedlungsflächen und Einwohnerzahlen geradezu explodierten. Seitdem steht die Landwirtschaft im Ruhrgebiet vor drei Problemen: Flächenknappheit und Mangel an Arbeitskräften, weil die Industrie höhere Löhne und höhere Bodenpreise zahlen kann, und Umweltverschmutzung.

Landwirtschaftliche Flächenverluste

Gerade in der ersten Zeit, als die Bauern aufgrund hoher Ablösesummen stark verschuldet waren und zudem mit den neuen Freiheiten noch nicht umgehen konnten, haben sie viel Land verkauft. Berg-, Rauch- und Überschwemmungsschä-

den waren weitere Gründe für Flächenverkäufe, während Industrielle und einzelne Kommunen eine Bodenvorratspolitik betrieben. Vorerst nicht benötigte Flächen haben sie an die Bauern zurückverpachtet. Hinzu kommen die kontinuierlichen Hofaufgaben, deren Flächen entweder an Investoren verkauft oder an Berufskollegen verpachtet werden. Alles zusammen Gründe für die bis heute mit mehr als 50 Prozent überdurchschnittlich hohen Pachtflächenanteile der Landwirtschaft im Ruhrgebiet.

Die Kurzfristigkeit der meisten Pachtverträge und der Arbeitskräftemangel tragen dazu bei, dass die Landwirte im Ruhrgebiet noch weniger als anderswo eine ökologische Umstellung wagen, sodass der Biobauern-Anteil seit Jahren auf einem unterdurchschnittlichen Niveau stagniert.

Urbane Milchwirtschaft

Konnte das Ruhrgebiet bis Mitte des 19. Jahrhunderts noch Brotgetreide exportieren, so verwandelte es sich danach in eine Importregion, die in Kriegs- und Krisenzeiten immer wieder unter Versorgungsengpässen litt. Dabei lagen die größten Probleme bei leicht verderblichen Lebensmitteln wie Obst, Gemüse und eiweißhaltigen, tierischen Erzeugnissen.

Foto: Lippek

Ein besonderer Problemfall war die Milch. Für die Haltung von Milchkühen und die damit verbundene Kälberaufzucht hatten die Bauern im Ruhrgebiet zu wenig Weiden, und diese waren noch dazu durch Staub- und Rußniederschläge belastet. Da die Milch damals nicht lange haltbar war und daher auch nicht aus dem Umland importiert werden konnte, entwickelten die Ruhrgebietsbauern die Abmelkwirtschaft: Sie kauften z.B. im Münsterland frisch abgekalbte Kühe, um sie in ihren Ställen solange zu halten, bis die Milchleistung nachließ. Danach wurden sie meist geschlachtet. Um die Milchversorgung zu verbessern, haben die Kommunen in den 1920er Jahren, teilweise in Kooperation mit Produzenten und Händlern, örtliche Milchhöfe mit eigenen Ställen, eigenen Milchkühen und angeschlossenen Molkereien aufgebaut.

Als sich die Pasteurisierung verbreitete und entsprechend haltbare Milch und Milchprodukte aus dem Umland und so-

gar aus dem Ausland eingeführt werden konnten, mussten viele Abmelkbetriebe aufgeben – bis der Erste Weltkrieg, die Ruhrbesetzung und die Inflation wieder alles durcheinanderbrachten.

Die damals entwickelte staatliche Zwangswirtschaft mit Lieferverpflichtungen, Preisgarantien und Importkontrollen durchlief verschiedene Phasen: Bevor sie durch die europäische Agrarpolitik geradezu perfektioniert wurde, wurde sie von Landwirten durch den „Schleichhandel“ unterlaufen, während der Weimarer Republik liberalisiert und vom Nationalsozialismus zur Kriegsvorbereitung bis zum völligen Verbot der Direktvermarktung verschärft.

Selbstversorgung der Arbeiterfamilien

Aufgrund der aufgelockerten Siedlungsstruktur, vor allem in den Werkssiedlungen, und der ländlichen Herkunft vieler Menschen war mitten in den Städten die (Klein-)Tierhaltung weit verbreitet. Ziegen gaben als „Bergmannskühe“ eine wichtige, noch dazu gesündere Alternative zur Kuhmilch. Legehennen und anderes Geflügel waren eine Domäne der Arbeiterhaushalte und haben in der Ruhrgebietslandwirtschaft nie Fuß fassen können. Auch Schweine wurden bis in die 1950er Jahre hinein vor allem von Arbeiterfamilien in den Ställen hinter ihren Häusern mit Küchenabfällen gemästet.

Genauso war der Gemüseanbau, von wenigen Gebieten wie den Dortmunder Rieselfeldern abgesehen, kein Thema für die Landwirtschaft. Ursache war die Luftverschmutzung. Stattdessen waren sogenannte Feldgärten verbreitet. Sie reichten von Teilflächen eines Ackers, die im Frühjahr von Arbeiterfamilien gepachtet und wie Kleingärten bewirtschaftet wurden, bis zu Parzellen, die der Landwirt mit Kartoffeln oder Kohl bestellt und erst im Herbst zur Ernte verpachtet hat. Manche Feldgärten wurden nach einiger Zeit in Kleingartenanlagen umgewandelt, die wegen ihrer Bedeutung für die Obst- und Gemüseversorgung der Stadtbevölkerung besonderen behördlichen Schutz genossen. In der Nachfrage nach Klein- und Feldgärten haben sich immer wieder wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen, aber auch Prosperitätsphasen widerspiegelt – seit wenigen Jahren steigt das Interesse an Feldgärten und „urban gardening“ wieder ...

Agrarüberschüsse und Agrarexporte

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine grundlegende Wende ein. Mit Bedauern sah das NRW-Agrarministerium unter Minister Heinrich Lübke, dass die Landwirtschaft zugunsten des Wiederaufbaus umfangreiche Flächen verlieren würde. Drohende Versorgungsengpässe sollten durch steigende Hektarerträge verhindert werden. Genau dies geschah. Investitionen zur Erhöhung der Produktion und Flurbereinigungen wurden so erfolgreich gefördert, dass – beginnend mit „Butterbergen“ und „Milchseen“ – in der BRD und der EWG immer mehr Agrarüberschüsse entstanden.

Wie Onno Poppinga nachgewiesen hat, waren diese Inlandsüberschüsse an sich allerdings gar kein Problem: Sie wurden exportiert. Das Problem waren die Kosten, vor allem für die Exportsubventionen, da sie auf dem Weltmarkt nur zu entsprechend niedrigeren Preisen verkauft werden konnten. Seit den 1980er Jahren arbeitet die EU daran, nicht etwa die Erzeugung von Lebensmitteln an den inländischen Bedarf anzupassen, sondern daran, die inländischen Preise auf das

Weltmarktniveau zu drücken, um die Agrarexporte zu erleichtern.

Inzwischen ist dieses Ziel recht weitgehend erreicht. Zur „sozialen Abfederung“ wurden die Preissenkungen begleitet von diversen Preisausgleichszahlungen und Tierprämien, aber auch von Förderprogrammen zur Betriebsaufgabe. Diese staatlichen Transferzahlungen sind unabhängig vom Umfang der betrieblichen Produktion. Da sie stattdessen pro Hektar und pro Tiereinheit gezahlt werden, werden die eher flächen- und viehschwachen Betriebe im Ruhrgebiet relativ benachteiligt.

Neue Perspektiven?

Immer mehr Landwirte im Ruhrgebiet suchen daher nach ergänzenden Einkommensmöglichkeiten. Recht weit verbreitet ist seit Jahren die Pensionspferdehaltung, in Verbindung mit Reitplätzen und -hallen. Gestiegen ist auch die Zahl der Direktvermarkter, die vor allem Fleisch- und Wurstwaren oder Backwaren aus eigener Erzeugung, selbstgemachte Marmeladen, soweit vorhanden Gartenprodukte – u.a. Spargel, Rhabarber, Kartoffeln oder (zum Selbstpflücken) Erdbeeren oder Grüne Bohnen – und ansonsten zugekaufte Produkte anbieten. Sogar Bauernhofcafés gibt es inzwischen im Ruhrgebiet, viele organisieren besondere Aktionswochen oder richten Feste oder Konzerte auf dem Hof aus. Manche Landwirte beteiligen sich an ‚Land-art-Projekten‘. Zugleich erleben die Feldgärten eine Renaissance: Vorbereitete Parzellen, zum Teil bereits mit ausgesätem Gemüse, werden an StädterInnen zur weiteren Pflege und Ernte verpachtet. Besonders bedeutsam sind schließlich die Bauernhöfe, die als außerschulische „Lernorte“ Kindergartengruppen und Schulklassen empfangen oder Kindergeburtstagsfeiern veranstalten, um den Stadtkindern, ihren Eltern und LehrerInnen die Erzeugung von Lebensmitteln wieder näherzubringen. Neben ihren ökologischen Funktionen ist diese sozial-kulturelle Vermittlungsleistung der wichtigste Grund, warum die Landwirtschaft im Ruhrgebiet verteidigt werden muss.

Ulrich Häpke, Dr.-Ing., wohnt in Castrop-Rauxel, arbeitet derzeit beim Regionalverband Ruhr in Essen, zuvor im Regionalmanagement des Modellvorhabens „Regionen aktiv – Land gestaltet Zukunft“ im östlichen Ruhrgebiet, beim Umweltzentrum Westfalen in Bergkamen u.a.; in den 1970ern Studium der Raumplanung an der Uni Dortmund, 2009 Promotion an der Uni Kassel; u.haepke@web.de

Quelle: Ulrich Häpke (2009): Von den Markenteilungen bis zum Emscher Landschaftspark: Freiraumverluste und Freiraumschutz im Ruhrgebiet. Common-Property-Institutionen als Lösungsansatz?, Diss. Kassel, S.26-93 (mit weiteren Literaturhinweisen), <<http://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/handle/urn:nbn:de:hebis:34-2010120735041>>

Veranstaltungshinweis

Leben.Arbeiten.Feiern.

Unter diesem Motto findet in diesem Herbst in Marl das

11. Abrahamsfest statt.

Kontakt und Infos:

i-punkt Marl, Tel: 02365 / 994310 oder Hartmut Dreier: 02365 / 42076

www.abrahamsfest-marl.de

Norbert Bömer

Beharrlicher Bürger-Widerstand führt nach 5 Jahren zum Erfolg

Erfahrungen der Bürgerinitiative Saubere Luft aus der Auseinandersetzung um das jetzt gekippte Kohlekraftwerk im Chemiepark Krefeld Uerdingen

Ende 2006 trat der Stadtwerke Verbund Trianel zusammen mit der Firma Currenta als Betreiber des Chemieparks Uerdingen (früher Bayer Uerdingen, heute zergliedert in Bayer, Lanxess, Tronox und andere) mit der Planung für ein 800-MW-Kohlekraftwerk an die Öffentlichkeit. Damit reihten sich die Antragsteller ein in eine bundesweit forcierte Offensive für den Bau von rund 27 neuen, angeblich hocheffizienten klimafreundlichen Kohlekraftwerken. Mehrere dieser Kraftwerke sind bereits im Bau bzw. kurz vor der Fertigstellung. Zehn dieser Projekte konzentrieren sich auf das Ruhrgebiet und die Niederrheinschiene (unter anderem: Duisburg-Walsum, Düsseldorf, Datteln, Herne, Marl, Lünen, Hamm usw.). Investoren sind vor allem die Großen (RWE, EON, Steag) und diverse Stadtwerke bzw. Trianel, die als Gesellschafter z.B. Stadtwerke aus Aachen, Flensburg, Fulda, Dachau, Soest, Ulm, Moers und aus der Schweiz vereinen.

Bis 2006/2007 war es den Investoren einiger Projekte trotz des Widerstands lokaler Bürgerinitiativen handstreichartig gelungen, Genehmigungen der jeweiligen Bezirksregierungen (Düsseldorf/Arnsberg/Münster) zu ergattern. Dies gilt für Walsum, Datteln, Lünen und Hamm, deren Bau zum Teil schon sehr weit fortgeschritten ist. Die arrogante Allianz von Investoren, Genehmigungsbehörde und lokalen und landesweiten Mehrheiten in der Politik, die sich aus vergangenen Traditionen der Kohle- und Stahlregion auch der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger sicher wähnten, hatte allerdings in ihrer zum Teil äußerst schlampigen Genehmigungspraxis nicht mit dem professionellen juristischen Sachverstand, insbesondere des BUND NRW, gerechnet, der ihnen vor Gericht reihenweise Niederlagen einbrachte und damit z.B. dem EON-Projekt in Datteln einen Baustopp bescherte, nachdem schon über 1 Milliarde Euro verbuddelt worden sind.

Befeuert von der zunehmenden Klimadebatte in unserem Land, befeuert von zahlreichen Bürgerinitiativen an den Standorten der 27 geplanten bzw. im Bau befindlichen Kohlekraftwerke in Deutschland, befeuert von national organisierten Anti-Kohlekraftwerks-Kampagnen des BUND, der Klima-Allianz, befeuert von den ersten erfolgreichen Verhinderungen einiger Projekte (z.B. Endorf, Mainz, Lubmin, Bremen, Düsseldorf) veränderte sich in den letzten 5 Jahren auch im westlichen Ruhrgebiet deutlich das politische Umfeld. Obwohl CDU/SPD und FDP auf lokaler wie auf Landesebene den Bau neuer Kohlekraftwerke befürworteten, bröckelte in der Bevölkerung der bisherige Konsens, dass solche Milliardeninvestitionen sauber und klimafreundlich seien und von daher für eine Industrieregion fortschrittlich und alternativlos.

Erfolg nach fünf Jahren beharrlicher Auseinandersetzung

Unsere Bürgerinitiative Saubere Luft e.V. gründete sich Anfang 2007 auf Initiative von BürgerInnen aus Duisburg-

Rheinhausen, die unmittelbar in der Windrichtung der Emissionen des geplanten Kohlekraftwerks im Chemiepark Uerdingen wohnten. Gleichzeitig opponierten in Krefeld von Anfang an der Niederrheinische Umweltschutzverein (NUV) sowie die Krefelder Grünen und ihre Ratsfraktion gegen dieses Projekt, an dem sich auch die Stadtwerke Krefeld mit einer Scheibe von rund 100 MW beteiligen wollten.

Investor für dieses Projekt war die Trianel Gruppe (ein Zusammenschluss von rund 30 Stadtwerken aus ganz Deutschland und der Schweiz). Die Betreibergesellschaft des Chempark Uerdingen, Currenta, eine Tochtergesellschaft von Bayer und Lanxess, war ebenfalls involviert, da man auf diesem Wege hoffte, die eigene veraltete Energiebasis, insbesondere die Bereitstellung von Prozessdampf, ohne eigenes Invest erneuert zu bekommen. Geplant war ein 800-MW-Kohlekraftwerk, der Chemiepark wollte ca.120 MW Strom und 80 MW Prozessdampf abnehmen. Der Rest (sprich der Löwenanteil) sollte dazu dienen, dass Trianel als Stadtwerke-Verbund besser im Konzert der Großen mitspielen kann, ohne dass die BürgerInnen in den beteiligten Städten mitbekommen, dass ihre ach so grünen Stadtwerke an schmutzigen und klimaschädlichen Kohlekraftwerken beteiligt sind.

Wichtig: Positive Alternativen

Von Anfang an machten wir Gegner des Projekts deutlich, dass wir als Alternative ein modernes Gas- und Dampfkraftwerk mit entsprechender Kraft-Wärme-Kopplung favorisieren wegen der wesentlich schadstoffärmeren Emissionen und aufgrund der nur halb so großen Klimaschädlichkeit. Nichtsdestoweniger behaupteten die Investoren wahrheitswidrig, dass nur ein Steinkohlekraftwerk möglich sei und ansonsten 7.000 Arbeitsplätze im Chemiepark gefährdet seien. Dabei nutzten sie schamlos die Weltwirtschaftskrise aus, um auch die Beschäftigten, ihren Betriebsrat und ihre Gewerkschaft mit diesem Märchen auf Linie zu bringen. Diese gingen wie üblich auch brav und treu auf diese Erpressung ein und trotz diverser Bemühungen war es in den 5 Jahren nur ganz selten möglich, einen wirklichen Dialog um diese Fragen zu führen.

Unmittelbar nach ihrer Gründung hatte die Bürgerinitiative großen Zulauf und in wenigen Wochen wurden mehr als 7.000 Unterschriften gegen die Änderung des Gebietsentwicklungsplans gesammelt. Die Investoren konnten aber diese Hürde nehmen und auch im Krefelder Stadtrat gelang es nach mehrfachem Hin und Her und unter Einsatz von politischen Spitzenkräften wie Gabriel als damaliger Umweltminister und der CDU-geführten Landesregierung, die Politiker vor Ort auf Linie zu bringen, um das kommunale Einverständnis zu erklären. Allerdings bewirkte der Protest der Gegner hier schon eine enorm wichtige Verzögerung von fast 2 Jahren, ehe der Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung mit Ach und Krach und zahlreichen Schwachstellen, die dem politischen Kuhhandel geschuldet waren, auf den Weg gebracht werden konnte.

Diese Verzögerungen machten es allerdings auch für uns Gegner nicht einfach. Im Husarenstreich mit Unterschriften, Demos, Hungerstreik und Veranstaltungen konnte das Projekt nicht gekippt werden, also machten wir uns auf die Mühen der Ebene eines lang dauernden Widerstands auf zahlreichen politischen und juristischen Wegen. Denn solange das Projekt nicht genehmigt war, solange kein Bauzaun stand und kein Bagger rollte, hielten wir die Hoffnung wach, das Projekt noch zu kippen.

In diesen 4½ Jahren trafen sich bei den monatlichen Versammlungen der Bürgerinitiative kontinuierlich zwischen 20 und 45 „Wut“- oder „Mut“-BürgerInnen, bildeten sich zunehmend fort in Sachen Energie-, Klima- und Luftreinhaltepolitik, organisierten öffentliche Veranstaltungen mit BUND-Experten, Bundestagsabgeordneten wie z.B. Bärbel Höhn (B90/Grüne) oder Hermann Scheer (SPD), organisierten gemeinsam mit vielen anderen 2009 eine Großdemo in Krefeld, auf der 1.500 Menschen gegen das geplante Kohlekraftwerk demonstrierten, was für das westliche Ruhrgebiet als Demo zu Umweltthemen bemerkenswert war.

Erfolgreich wurde dann im Sommer 2010 mit 23.000 Einsprüchen und einer professionellen 350-seitigen Einwendung von BUND, NUV und BI Saubere Luft der öffentliche Erörterungstermin im September 2010 vorbereitet. Inzwischen hatten sich die politischen Rahmenbedingungen durch den Regierungswechsel in NRW und die Neubesetzung des Regierungspräsidenten auch zusätzlich leicht verbessert. Dies machte sich für uns so bemerkbar, dass das Verfahren und die öffentliche Erörterung ausgesprochen fair abliefen, ganz im Gegensatz zu früheren Verfahren z.B. in Walsum, Datteln und Lünen. Mithilfe des juristischen Beistands seitens des BUND und der Deutschen Umwelthilfe DUH gelang es auf dem Erörterungstermin deutlich zu machen, dass das Projekt trotz der 3.000 Seiten starken Antragsunterlage so nicht genehmigungsfähig war und weitere langwierige Nachbesserungen einschließlich eines neuen Erörterungstermins hätten folgen müssen. Damit hatten wir eine weitere entscheidende zeitliche Verzögerung erzielt, die neben anderen Rahmenbedingungen, wie z.B. dem Zickzack-Kurs der Bundesregierung in Sachen Energiepolitik, mit dazu beigetragen hat, dass dem Investor schließlich die Zeit für das Steinkohlekraftwerk weglief.

Die zahlreichen Zeitverzögerungen haben es auch möglich gemacht, dass die bundesweit operierende Klima-Allianz zusammen mit den Online-Protest Netzwerken wie Campact für uns in den Orten der beteiligten Stadtwerke eine Opposition gegen das Projekt aufbauen konnte, die z.B. in Dachau zu einem erfolgreichen Bürgerentscheid für den Ausstieg aus dem Projekt führte, aber auch in Städten wie Aachen, Flensburg, Ulm, Fulda und anderen letztendlich mitgeholfen hat, dass auch diese Stadtwerke einschwenkten auf die Alternative eines Gas- und Dampfkraftwerks. Online-Protest mit 5.000 bzw. 10.000 TeilnehmerInnen, phantasievolle Aktionen, z.B. mit dem Kohlosaurus, halfen mit, den Widerstand sichtbar und öffentlich präsent zu machen.

Auch das Thema „Woher kommt die Kohle?“ bzw. „Schmutzige Kohle aus Kolumbien“ z.B. mit einer von 100 Menschen besuchten Veranstaltung in der Kirche St. Mathias in Hohenbuddberg, direkt neben dem geplanten Kohleanleger vor dem Chemiepark, trug dazu bei, dass das Spektrum des

Widerstands sich laufend verbreitete.

Große Bedeutung hat sicherlich auch die kontinuierliche Pressearbeit auf der lokalen und regionalen Ebene gehabt. Egal, ob wir uns zu den Weltklimatagen in Kopenhagen oder vor Ort in Sonntagsspaziergängen bei Eis, Schnee und Wind auf der Straße bewegt haben oder ob wir kontinuierliche Lobby-Arbeit bei Parteivertretern oder Energieunternehmen gemacht haben, wir haben stets versucht, dass die Presse unsere Arbeit begleitete und damit unsere Argumente für eine bessere Alternative nachvollziehbar wurde.

Schon Anfang 2011 wurde erkennbar, dass Trianel unüberwindbare Hindernisse für ihr Steinkohlekraftwerk sah und deshalb umschwenkte auf ein Konzept für ein hochmodernes, flexibles und hocheffizientes Gas- und Dampfkraftwerk, das insbesondere kompatibel mit dem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien ist. Am 7. Juli beschlossen die Gesellschafter des Projekts offiziell, nun die Planungen für diese Alternative zügig voranzutreiben.

Wir Gegner haben deutlich gemacht, dass wir ein solches Projekt vom Grundsatz her positiv begleiten werden, aber kritisch darauf achten wollen, dass die Größe des Projekts an die bestehenden Potenziale für die Kraft-Wärme Kopplung angepasst wird, damit nicht unnötig der Rhein aufgewärmt wird und wertvolle Effizienzpotenziale verschenkt werden.

Auch wenn Trianel angekündigt hat, den Genehmigungsantrag für das Kohlekraftwerk erst mit der Einreichung der Unterlagen für ein GuD-Kraftwerk offiziell zurückziehen zu wollen (zeitlich um die Jahreswende 2011/2012) deutet derzeit alles darauf hin, dass die Bürgerinitiative Saubere Luft e.V. zusammen mit vielen anderen ihr unmittelbares Gründungsziel erreicht hat: die Verhinderung des schadstoffreichen und klimaschädlichen Steinkohlekraftwerks im Chemiepark Krefeld Uerdingen.

Fast zeitgleich konnten wir uns über einen weiteren Erfolg freuen: Die Stadt Duisburg hat das „langjährige Engagement der Bürgerinitiative gegen das Kohlekraftwerk im Chempark Uerdingen und somit für saubere Luft und Gesundheit der Duisburger Bürger“ bei ihrem jährlich ausgelobten Umweltpreis mit dem 2. Platz und einem Preisgeld von 1.000 € belohnt.

In allem Bisherigen sind unsere fachlichen und vernetzten Kompetenzen erheblich gewachsen (siehe z.B. über inzwischen 35 Organisationen unter www.klimabuendnis-niederrhein.de). Für einen Ausblick reicht es zu sagen: Es geht weiter. Schon bald werden sich die Auseinandersetzungen auf ähnlichen Feldern fortsetzen, sei es um die Erschließung der so genannten unkonventionellen Gasvorkommen (Fracking), sei es auch um das Klimaschutzgesetz in NRW, wo alle dem überkommenen zentralisierten Energiesystem verhafteten industriellen und politischen Kräfte längst Sturm laufen, um jegliche verbindliche Klimaschutzvorgabe zu torpedieren.

Norbert Bömer, 62 Jahre, wohnt in Duisburg Rheinhausen, seit über 35 Jahren beschäftigt in der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets, zur Zeit als technischer Angestellter, Schwerpunkt der politischen Arbeit: 30 Jahre lang aktiver IG Metalller und Betriebsrat, heutiger Schwerpunkt: Sprecher der Bürgerinitiative Saubere Luft e.V. in Duisburg Rheinhausen

Carl-D.A. Lewerenz

Klima-Politik nach Hermann Scheer und nach Fukushima:

Halbherzig-gemütlich wie bisher oder „ambitioniert“, also: bestmöglich und wirklich „alternativ“?

Wer von uns Heutigen in Deutschland (D) gegen alle Widerstände verantwortungsvoll, also bestmöglich, zur Verhinderung der Erd-Überhitzung mit all ihren voraussehbaren grauenhaften Folgewirkungen zu Zeiten nachfolgender Generationen beitragen will, sucht erst einmal nach der Liste mit den Verursachern der Treibhausgase (THG) in D. Nach den neuesten Angaben (für das Jahr 2008) des Umweltbundesamts (UBA) sind die höchsten zivilisationsbedingten THG-Emissionen durch die Stromerzeugung („Energiewirtschaft“) verursacht (knapp 40% aller „anthropogener THG“ in D).

Hier ist es nun nach jahrzehntelangem Basis-Druck und Fukushima beschlossene Sache: Alle Atomkraftwerke in Deutschland werden in den nächsten 11 Jahren vollständig außer Betrieb gesetzt. Von dem in D insgesamt vorgehaltenen Stromerzeugungs-Potenzial (physikalischer Fachbegriff: „Leistung“) in Höhe von 90 Gigawatt (GW) verschwinden 20 GW Atomstrom-Potenzial schrittweise bis 2022. In 2013 gehen zwar weitere 3 GW Kohlekraftwerke vom Netz, 11 GW kommen im selben Jahr aber in Gestalt neuer Steinkohlekraftwerke hinzu, sodass der größere Teil der Gesamtstrom-Nachfrage der näheren Zukunft im Grund- und Mittel-Lastbereich weiterhin von Kraftwerken mit atomaren und fossilen Brennstoffen planvoll abgedeckt wird. Wind- und Sonnenstrom werden über 20% des Gesamtstrom-Aufkommens ausmachen. Im Gegensatz zu den Kohlekraftwerken sind die Strommengen von Fotovoltaikanlagen und von Windgeneratoren jedoch nicht gut planbar. Hier ist zu nehmen, was kommt. Diese Schwankungen der Stromerzeugung verstärken ihrerseits die Schwankungen der verbleibenden noch auszufüllenden Reststrom-Bedarfe („Residualstrom“).

Für die Deckung dieser Stromlücken werden nun in den Medien – bisweilen sogar von der Kanzlerin persönlich – „große (nicht-dezentrale, d. Verf.) flexible Gaskraftwerke“ empfohlen, die schnell zu errichten seien und mit dem Gasleitungsnetz (GLN) einen 200 TWh großen Energie-Speicher haben. Die Leistung aller in Wikipedia aufgelisteten geplanten Gaskraftwerke summiert sich auf rund 5,7 Gigawatt (GW). Weitere wesentliche Regierungsvorhaben bestehen im verstärkt geförderten und beschleunigten Ausbau der Energienetze und der Förderung der Gebäude-Wärmeisolierung („energetische Sanierung“).

Wer nun aber unterrichtet ist von den Möglichkeiten der gasgespeisten Stromerzeugung im Heizungskeller mit Abwärme-Nutzung (Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) und von der planvollen Fernsteuerung dieser dezentralen Stromerzeuger im Rahmen eines „virtuellen Kraftwerks“, der fragt sich verwundert, warum die für diese geplanten gasbetriebenen Großkraftwerke vorgesehenen Gasmengen nicht besser von den Heizungskeller-Kraftwerken mit entsprechender Förderung genutzt werden. Moderne große Gaskraftwerke ohne Abwärmenutzung haben zwar teilweise schon einen Wirkungsgrad von bis etwas über 60%. Der Gesamtwirkungsgrad

von stromerzeugenden Anlagen im Heizungskeller geht jedoch mit ihrer „Nächst-Wärme“-Nutzung bis über 90%. Die Energieausnutzung ist also deutlich besser.

Dies ist übrigens keine graue Theorie: Im Großraum um Hamburg wurde jetzt von dem Gemeinschaftsbetrieb der Unternehmen LichtBlick und Volkswagen mit der Montage der ersten von geplanten 100.000 modifizierten Touran-Motoren begonnen, die lärmschutzmäßig gekapselt und ferngesteuert besonders dann mit 20 kW Strom erzeugen werden, wenn Windstille ist und die Sonne nicht scheint. Die dabei vom Motor dem Kühlwasser übertragene Wärme (40kW) dient dann im Rahmen der Hausenergieversorgung der Warmwasserbereitung und der Gebäudebeheizung. In hiesigen Breiten ist fehlende Wärmenachfrage zwar selten. Dennoch ist auch für warme Sommertage Vorsorge getroffen: Ein großer Heißwasserspeicher ist fester Bestandteil der Anlage, um möglichst viel Abwärme auch zeitversetzt nutzbar machen zu können.

Da wäre es jetzt konkret angeraten, auf die Errichtung des in der Nähe von Bocholt geplanten Gaskraftwerks zu verzichten und die geplanten Strommengen besser von Heizungskeller-Gaskraftwerken mit Abwärmenutzung zu erzeugen. Es drängt sich dazu die Forderung auf, die Heizungskeller-Stromerzeugung ähnlich stark zu fördern wie die Stromerzeugung auf den Dächern. Dann würden nämlich auch die für die Heizungskeller geeigneten Mini-BHKW schnell in Großserie produziert und viel billiger werden. Schon nach Ausrüstung von nur 5 Mio Heizungskellern [bei knapp 20 Millionen Privathaushalten (PHH) mit Gas-Anschluss] mit 1-kW_{el}-Anlagen wäre die bundesweit maximale Inanspruchnahme in Höhe von 81,5 GW (Spitzenlast) auf Dauer abgesichert, sodass nirgendwo „die Lichter ausgehen“ müssten.

Dass gebäudeintegrierte gasbetriebene Stromerzeuger mit Abwärmenutzung, die auch als stromerzeugende Heizung oder als Mini-Blockheizkraftwerke (BHKW) bezeichnet werden, einen viel höheren Gesamtwirkungsgrad (wegen der Abwärmenutzung) haben und daher pro Nutzenergie-Einheit entsprechend weniger THGe verursachen, wird in den meisten energiepolitischen Verlautbarungen unterschlagen. Zwar wird in den Medien gelegentlich pauschal die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) beschworen, gleichwohl aber werden renditeträchtige große Gas-Kraftwerke mit ihren klimaschädlichen THG-Emissionen auch ohne Abwärme-Nutzung, also ohne KWK wie zum Beispiel in Bocholt, noch immer großzügig genehmigt.

Zurück zum Heizungskeller. Bei aller technischen Ausgereiftheit des VW-Motors: Als Stromerzeuger im Heizungskeller sieht dieser jedoch alt aus im Vergleich zu neuen Brennstoffzellen (BZ). Auf der HannoverMesse im April dieses Jahres wurden Prototypen von BZ-Geräten vorgeführt als Hausenergie-Anlage. Auch mit BZ wird Strom und Wärme aus Gas erzeugt. Eine Lärmisolierung ist jedoch bei BZn nicht nötig. Die Energiewandlung erfolgt in BZn nahezu geräusch-

los, da diese keine beweglichen Teile enthalten. Auch Raumbedarf und Gewicht sind deutlich geringer. Aktuell haben BZn mit 5 kW_{el} ein Gewicht von weniger als 20 kg. (Udomi)

Leider haben die drei wichtigsten Hersteller in D (Baxi, Hexis und Vaillant) sich darauf verständigt, ihre Geräte erst 2015 anzubieten. Bis dahin seien noch Feldtests zu absolvieren. Insgesamt werden in D unter der Projektbezeichnung „callux“ mehrere hundert Geräte mehrjährigen Tests unterzogen. Ausgerechnet in Japan ist man in dieser Hinsicht schon weiter: Mehr als 10.000 solcher als HyO-Box® (abgeleitet von Hydrogenium und Oxygenium) zu bezeichnenden BZ-(Mikro)-BHKWe seien dort schon im häuslichen Einsatz, schreibt die bundeseigene Deutsche Nationale Organisation für Wasserstoff und Brennstoffzellen (NOW).

Wenn es zutrifft, dass die Autobrennstoffzelle von Mercedes schon serienreif ist, könnte diese besser noch als der VW-Motor im Heizungskeller zum Einsatz kommen. In Großserienherstellung könnten diese sehr einfach aufgebauten Niedertemperatur-BZ-Geräte sehr billig werden. Dies gilt insbesondere, wenn den Heizungskellern nicht mehr Methan (CH_4), sondern Wasserstoff (H_2) zugeleitet wird. H_2 wäre zunächst großtechnisch in bekannter Weise aus Methan zu erzeugen, perspektivisch dann aber vermehrt aus Bio-Reststoffmasse, wie das Hertener Pilotprojekt „Der Blaue Turm“ gezeigt hat. Einsatzstoffe für die thermo-chemische Verarbeitung zu Wasserstoff waren hier Hühnerkot, Straßenbegleitgrün und Olivenkerne.

Konsequent weitergedacht ergibt sich: Etwa die Hälfte aller Privathaushalte (PHH) in Deutschland haben Gas-Anschluss. Erzeugte man nun hier die Hälfte der in D verbrauchten Strommengen, so ergäben sich pro PHH und Jahr durchschnittlich knapp 15.000 Kilowattstunden (elektrisch) (kWh_{el}), wovon rund 12.000 kWh dezentral ohne weiteren Netzausbau eingespeist werden könnten. Die (Abfall-)Wärme betrüge bei einem angenommenen mittelfristigen Durchschnittswirkungsgrad von 50% ebenfalls 15.000 kWh. So entfielen auf den Quadratmeter Wohnfläche pro Jahr etwa 170 kWh_{therm} . Nach Abzug von 20% Wärmeanteil für die Warmwasserbereitung ergäben sich also $136 \text{ kWh}_{therm}/\text{m}^2/\text{a}$. Das sind mehr als die derzeit verbrauchten $126 \text{ kWh}_{therm}/\text{m}^2/\text{a}$. Überraschendes Ergebnis: Bei derart hohem Wärmeanfall könnte sich die allseits propagierte Wärmedämmung entsprechend beheizter Gebäude als überflüssig erweisen.

Allerdings fragt sich sofort, woher die erforderlichen zusätzlichen Gasmengen bezogen werden könnten. Aber schon heute wird Gas-Kunden und damit auch den Heizungskeller-Kraftwerken anstelle von klimaschädlichem Fossil-Methan (Handelsname: „Erdgas“) vermehrt als klimaneutrale und nachhaltige Alternative eingespeistes Bio-Methan (Methan aus inländischer Biomasse) angeboten. Die zukünftig erforderlichen Bioabfallmengen stünden – nachgewiesen durch eine Studie zur Biogas-Einspeisestrategie aus dem Jahre 2007 – zur Verfügung. Mit entsprechend ausgeweiteter Stromerzeugung aus biogenen Gasen (Methan oder besser noch Wasserstoff) werden dann überflüssig: der großspurige Netzausbau, die Wärmedämmung in vielen Gebäuden, alle – äußerst klimaschädlichen – Braunkohle-Kraftwerke, viele Steinkohle-Kraftwerke und viele Hochsee-Windgeneratoren.

Auch das 400-Milliarden-Projekt „desertec“ (Sonnenstrom aus Nord-Afrika) mit neu zu verlegenden teuren Stromleitungen erwies sich als genau so unnötig wie die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs.

Trotz drohender Klima-Katastrophe fehlt jedoch derzeit der politische Wille der Berliner Nomenklatura, nach der Photovoltaik auch der gasgestützten Heizungskeller-Stromerzeugung den Durchbruch zu ermöglichen. Der erzielbare Klima-Nutzen dieser Technik überträte die offiziellen Klimaziele bei Weitem, und wir Heutigen müssten dann nicht mehr befürchten, dereinst als böswillige Klima-Nazis verachtet zu werden.

Carl-D.A. Lewerenz, Dipl.-Jur. (Ruhr-Universität Bochum), setzt sich seit einigen Jahren ein für eine ‚Vorreiter‘-Energiewende Deutschlands unter dem Gesichtspunkt der Klima-Gerechtigkeit für zukünftige Generationen – insbesondere der Nationen der südlichen Hemisphäre unter Ausschöpfung aller vorhandenen technischen Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Verwendung von Wasserstoff aus biogenen Reststoffen.

Lesetipp 1

von Georg Leifels

**Georg von Wallwitz
Odysseus und die Wiesel –
Eine fröhliche Einführung in die Finanzmärkte**
Berenberg Verlag, 152 S., geb. in Halbn.

Ein Autor als praktizierender Fondmanager. Stilsicher und unterhaltsam inszeniert er eine fröhliche Einführung in die Finanzmärkte, als gelungene Selbstbespiegelung des eigenen Stalles. Messerscharf sezziert er



das Profil seiner Kollegen, spricht ungeschminkt von der treibenden Gier nach permanenter Geldvermehrung an den Bildschirmplätzen. Er brandmarkt die oftmals mangelhaften Eigenschaften, die weiland einen Odysseus auszeichneten, wie den Willen zur Macht, Listigkeit, Erfahrung, Intuition und die Prise vom nicht berechenbaren Glück. Andererseits entlarvt er seine Zunft, indem er sie mit dem viel zu klein geratenen Mauswiesel vergleicht. Zwar fähig, jagend Beute zu machen, doch die Ergebnisse sind mehr als bescheiden. Er scheut sich nicht, die Skrupellosigkeit seiner Kollegen offenzulegen, zögert

jedoch mit einem schärferen moralischen Urteil, weil die Finanzmärkte lediglich auf der Basis eines minimierten, internen Sittenkodex agieren. Schließlich ist es global legal, mit Geld zu handeln. Sprachlich und metaphorisch geschliffen, beschreibt er die historische Entwicklung der monetären Spielwiese an den Börsen sowie rund um die Depots und Fonds. Seine Insiderkenntnisse erweitern nachvollziehbar den Horizont, erfrischen das Denkvermögen über die komplizierten Finanz-Netzwerke und schaffen frapierende bis ernüchternde Transparenz. Gerade weil er das Schurkige und Schaurige der Geldjongleure nicht verschweigt, ist die Lektüre wohlthuend kurzweilig und lohnenswert. Die Wirtschaft ist unser Schicksal, wie Walter Rathenau bereits in den 1920er Jahren feststellte. Deshalb ist noch deutlicher zu fragen: Wo bleibt der politische Primat, sie endlich menschenfreundlich zu zähmen?

Georg Leifels, Jahrgang 1951, weiteres siehe AMOS 1|2010, S. 19

Robert Bosshard

Industriewald e.V.

Völlig klar, in der Folge des Zusammenbruchs der die Region 200 Jahre lang überlastenden Montanindustrie wird nun endlich ein neuer Zugang zur Kulturhauptstadt Ruhr und der sie prägenden Natur frei, denn das durch die vorausgegangene Zersiedlung bereits jetzt wieder sympathisch diffus durchgrünte Ruhrgebiet macht, wie zur Belohnung für die zuvor erzwungenen Strapazen, wieder möglich, im Rahmen des Rückbaus der zurückgelassenen Altlasten und mittels Reanimation der lahmgelegten Werksgelände auf einmal ein für die gesamte Region umweltfreundliches und gleichzeitig entspannt naturnahes Wohnumfeld zu planen und zu realisieren. Der panische Konjunktursturm der vergangenen Jahrzehnte, ausgelöst durch eine neoliberal begründete hysterische Kapitalflucht in so genannte Schwellenländer, welcher katastrophale Verwüstungen hinterließ und die härtesten in der Region je vorstellbaren Massenentlassungen erzwungen hatte, ist mittlerweile Geschichte. Und nun, jetzt, nach dem abschließenden Feuerwerk der Hauptstadtkulturprotze und deren großen Gesten, da können endlich die Investitionsströme zur Wiederbelebung der durch die Politik der vergangenen Jahrzehnte in die Schuldenfalle getriebenen Kommunen wieder in sozial kontrollierbare und materiell realistische Kanäle gelenkt werden.



Es geht um die basiskulturelle Erneuerung der gesamten Region, was natürlich niemals von heute auf morgen passieren kann; jeder politische Paradigmenwechsel muss als Prozess begriffen, muss über Generationen reflektierbar und am kleinsten konkreten Schritt gemessen werden: So wurde beispielsweise vor Jahren schon unter Anleitung kompetenter im Revier tätiger Förster der Verein „Industriewald e.V.“ gegründet, um die unzähligen, nach dem gnadenlosen Verschwinden des Kapitals und damit der Produktionsmittel der Schwerindustrie verwüstet und brach liegengelassenen, aber nun bereits wieder in erster Generation von Pionierpflanzen dicht bewachsenen ehemaligen Werksgelände von den betroffenen Stadtverwaltungen als innerstädtische Waldgebiete ausloben zu lassen. Das Ziel dieser Bürgerinitiative ist, im Rahmen des „Rückbaus“ der zuvor völlig überlasteten Landschaft, also zur Entlastung der neu zu strukturierenden Siedlungs-

gebiete durch einen sich durch den gesamten Ballungsraum hindurchziehenden Wald zu bereichern. Nicht nur, dass mit dieser Entwicklung unter Einsatz erstaunlich geringer Kosten eine sich selbst generierende regionale Klimastabilisierung und Landschaftsvielfalt angesprochen wird, vielmehr ist damit in erster Linie ein hoch komplexes urbanes Modell, ein Stadtentwicklungsprojekt für sämtliche europaweit unter dem postschwerindustriellen Strukturwandel leidenden Regionen angeregt worden.

Diese das Gesicht des Reviers völlig neu definierende Initiative ist tatsächlich ganz einfach zum Erfolg zu bringen: Es müssen bloß die verschiedenen Ruhrgebietsgemeinden überzeugt werden, in ihren Flächennutzungsplänen nicht jedes noch unbebaute Gelände schatzmeisterlich gewinnbringend als Gewerbe- oder Wohngebiet auszuzeichnen, und auch nicht jedes wilde Grün ordnungsamtlich zu bändigen, indem es zur Parkanlage erklärt wird, sondern überkommunal koordiniert auf diesen vormaligen Industriegeländen innerstädtische Waldgebiete (Wald im Sinne des Gesetzes, BWaldG von 2010) auszuweisen, die darin gültig werdenden Nutzungsrechte dem Wohnumfeld entsprechend abzuwägen, und unter Einbeziehung des Naturschutzes dem Zuständigkeitsbereich der Forstämter zuzuordnen. Und schon werden in den ersten derartigen Angeboten völlig neue, äußerst komplexe, auch informelle, die Kreativität herausfordernde Nutzungsperspektiven sichtbar. Sie erinnern zunächst an ein „früheres“, vielleicht dysfunktional ländliches, eben für Kinder und Jugendliche abenteuerliches, für Ältere erholsames naturnahes Landschaftsangebot, aber in bewusster Gestaltung als unterdeterminierte Frei- und Stadträume könnten sie ähnlich den Londoner Common Greens auch völlig neuartige Stadtqualitäten entwickeln.

Natürlich macht es die Werbetrommel der vom Konsummarkt finanzierten Massenmedien nicht leicht, die potenziellen Nutzer, die konkret und lokal am Industriewald lebenden Bewohner und deren Schulen, für diese Idee der Wiederverwilderung des unmittelbaren Wohnumfelds zu gewinnen, sie über das jedem partiellen Kontrollverlust immanente emanzipatorische Potenzial aufzuklären, ihnen, entgegen des von Versicherungsanstalten suggerierten gewaltigen Bedrohungspotenzials außerhalb der videoüberwachten öffentlichen Zonen, zu beweisen, wie angstfrei bei respektvollem Umgang und umsichtiger Pflege man auch im innerstädtischen Raum die Natur regieren lassen kann. Was für eine Chance für die zukünftige Provinz Ruhr, wenn hier der Mythos Wald aktuell neu und lustvoll als Herausforderung besetzt und kulturell integriert werden kann, sei es als von Neugierde und Kenntnissen getragene Erlebniswelt oder organisiert zur naturnahen Begegnung. Wird aber endlich der Industriewald als neues städtisches Element allgemein akzeptiert werden, so kann bald schon dieses regionaltypische Wohnen zu einer zentralen Attraktion des Lebensraums an der Ruhr werden, wird damit auch seine Bevölkerung davor geschützt, in der Flucht aufs Land sich verlieren zu müssen, um Natur zu erleben. Wunderbar, wenn man so dem stadtplanerischen Ideal näher kommt, die abgebrühte Kulturrhetorik modernistischer Meinungsfüh-

rer dialektisch mit der rohen Naturerotik intimer Kulturerlebnisse in Beziehung zu bringen.



Aber zu allererst muss man sich „natürlich“ mit den abstrakten und globalen, also von weit hergeholten finanzsystematischen Einwüfen herumschlagen. Immerhin gehört die Mehrzahl der frisch bewaldeten Landschaftsepisoden der Region gar nicht den Kommunen. So hat beispielsweise der Konzern Ruhrkohle AG auf seinem Gelände hinter Schacht 2 der aufgegebenen Zeche Hugo in Gelsenkirchen-Buer, hochgerüstet mittels Gefälligkeitsgutachten und durch Lobbyvertreter abgesichert, den inmitten lebendiger und durch komfortable Sanierungen aufgewerteter Wohngebiete liegenden wiederverwilderten Industriebwald am Rand des Freizeitparks Rungenberghalde in diesen Tagen gerade rüde gerodet, um an dessen Stelle einen so genannten Biomassepark zu installieren. Darunter wird eine hochspezialisierte Gehölzzucht verstanden, in der zu extrem schnellem Wachstum manipuliertes Naturmaterial rein maschinell und voll automatisiert zu einer Kurzumtriebs-Plantage zusammengefasst wird. Mittels einer derart maximal verdichteten Bepflanzung im Labor hergerichteter baumartiger Gewächse mit hohem Stockaustrieb zwecks routinemäßigen Kahlschlags alle vier bis acht Jahre, soll ein am Rand dieser Zucht zu bauendes Kleinkraftwerk befeuert werden. Obwohl diese Investition weder stadtplanerisch noch aus klimatischen Gründen auf dieses inmitten städtischer Wohnsiedlungen liegende Gelände gehört und auch für eine derartige Energieproduktionsstätte objektiv viel zu klein ist (22 ha, das heißt, es wird zur Auslastung des Kraftwerks massiv Holz angeliefert werden müssen), wird das Unternehmen von der Landesregierung als Pilotprojekt für alternative Energiegewinnung gefeiert und subventioniert (und das unter seiner Schuldenlast erblindete Gelsenkirchen scheint froh zu sein, dass in der Stadt überhaupt noch etwas passiert). Warum aber gerade hier, wo doch erst noch ein vielfältiges Biotop sich erfolgreich gegen die Unbill des verseuchten Bodens zu behaupten begonnen hatte? – In der Außendarstellung wird gesagt, vor dem Hintergrund des Atomausstiegs sei dies ein vielversprechendes Vorhaben zur Einführung erneuerbarer Energien in das Geschäftsmodell der frisch ergrünten Ruhrkohle AG. Nach innen hingegen wird argumentiert, das Aktiengesetz würde den Vorstand verpflichten, aus seinem Betriebsvermögen den maximalen Gewinn zu erwirtschaften, natürlich auch unter Einwerbung öffentlicher Subventionen, sprich Steuergeldern. Das war's: Der Biomassepark wird voller Macht realisiert, exakt nach der Methode, wie zum Beispiel in Äthiopien, unterstützt von Weltbank und Regierung, legitimiert durch den erwirtschafteten Gewinn, fremdfinanzierte Agrargroßkonzerne den Bewohnern ihr Land wegnehmen, Wälder abbrennen und die hungernden Einwohner in provisorische Notunterkünfte vertreiben, so funktioniert nun mal das etablierte Finanzsystem.

Oder gibt es, zum Schutz vor derartigen Fehlentwicklungen, als Grundrecht nicht auch einen gemeinnützigen Zugriff qua Enteignung? Oft geltend gemacht bei Autobahneubauten, Schnellbahntrassen und Cityerweiterungen zwecks Sanierung von Infrastrukturen? Warum also nicht auch zugunsten des Industriebwalds Ruhr? Für jenes zusammenhängende Waldstück, welches sich bis zu 50 Kilometer lang als Patchwork durchs Mittelland des postschwerindustriellen Ballungsraums mit fünf bis sechs Millionen Einwohnern ziehen könnte? Es müsste im Namen der Erneuerung des vormals industriell belasteten Wohnumfelds geschehen, also explizit zugunsten der Wohnbevölkerung, betont verbunden mit Natur- und Artenschutz, pädagogischen Programmen, Erholungsangeboten und systematischen Messungen der Stadtklimata. Der Vorstand der RAG könnte im Rahmen der Enteignung den Freiraum um Schacht Hugo profitlos der Wiederverwilderng überlassen, ohne sich eines Gesetzesbruchs schuldig zu machen, auch wenn das nun vernünftig ausgelobte Gelände für den Konzern nur noch den Preis einer naturgeschützten Brache realisierte. Tatsächlich, auch in diesem Fall kann das Geschehen nicht dem anonym gesteuerten Marktgeschehen überlassen werden, sondern ruft nach konkret verantworteter Politik, von Ortsteil zu Ortsteil nach dem öffentlichen Kampf für eine bevölkerungs- und naturnahe Sanierung der Agglomeration der so wunderbar unterschiedlichen und doch miteinander verbundenen Kulturstädte der Ruhrregion.

Robert Bosshard, Schweizer, wohnt in Oberhausen. (Fotos: R. Bosshard)

Robert Bosshard, Schweizer, wohnt in Oberhausen. (Fotos: R. Bosshard)

Lesetipp 2

von Georg Leifels

Tendai Huchu

Der Friseur von Harare

Roman, aus dem Englischen übertragen von Jutta Himmelreich
Peter Hammer Verlag, 302 S., geb. mit SU

Frisiersalons sind Orte ästhetisierender Eitelkeiten, Umschlagplätze für Gerüchte sowie die ‚Schwarzen Bretter‘ von Stadtvierteln. Da sind Europa und Afrika deckungsgleich. Der 29jährige Autor modelliert schalkhaft einen derartigen Salon als Bühnenbild. Im Mittelpunkt stehen Vimbai, die ungekrönte Meisterin ihres Fachs, und der bald kometenhaft auftauchende junge und flott handwerkende Dumisani. Wer behält bei den Damen der Frauenliga und vor allem bei der Gattin des Ministers die Schere in der Oberhand? Ein Konkurrenzkampf ohnegleichen beginnt. Fast ohne Anstrengung fliegen Dumisani die Herzen zu. Der Laden boomt und filialisiert. Vimbai ist stocksauer, verliert an Geltung und Einfluss und dennoch gewährt sie Dumisani ein Obdach, weil sie nicht nur den Mietzins braucht. Sie will das Geheimnis seines Erfolgs verstehen und ist bald perplex, weil er ihr sexuelles Werben ablehnt. Stattdessen lädt er sie ein, ihn auf der Hochzeit seines Bruders als seine offizielle Freundin zu begleiten. Nach der Bekanntschaft mit seiner Familie, einer der wohlhabendsten und einflussreichsten des Landes, nimmt die Geschichte noch mehr an Fahrt auf. Bereits während der Party wird Vimbai nahezu vergöttert, denn sie gilt als der leibhaftige Beweis dafür, dass Dumisani doch nicht schwul ist. Dieses Tabu tauchte bisher nicht in einem schwarzafrikanischen Roman auf und wird vom Autor im weiteren Verlauf klug, schwungvoll und energetisch entfaltet.



Georg Leifels, Jahrgang 1951, weiteres siehe AMOS 1|2010, S. 19

Ina Georg

Lebendige Umweltpädagogik in der Haard

Am nördlichen Rand des Ruhrgebietes befindet sich eine tatsächliche Randerscheinung – eine gut ausgelastete und innovative Umweltbildungsstätte, die auf eine über 20jährige Geschichte zurückblicken kann.

Kein Wunder, sondern Ergebnis engagierter und mutiger Arbeit eines Vereins, tätiger Hilfe vieler Menschen und einer ungewöhnlichen Kooperation mit einer Stadt.

Der Reihe nach.

1984 wurde das Forsthaus Haidberg in Marl als Forstgebäude überflüssig und der damalige Kommunalverband Ruhr als Waldbesitzer sah den Abriss vor. Erste Überlegungen entstanden, das Haus für die Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten und der Abriss konnte verhindert werden.

Haus und Gelände wurden im Rahmen eines Projektes „Arbeit und Lernen“ umgebaut und ein Förderverein gründete sich, der die Einrichtung eng begleitete. 1989 nahm sie unter dem Namen Forsthaus Haidberg ihre umweltpädagogische Arbeit auf.

Das Konzept stieß bei Schulen, Kindergärten und Vereinen aus Marl und Umgebung sofort auf Begeisterung. Die Möglichkeit, Naturerkundung und Abenteuer über mehrere Tage in einem gemütlichen Selbstversorgerhaus zu verbinden, führte schon 1990 zu einer Auslastung von 200 Tagen.

Leider waren die fetten Jahre schnell vorbei. Der leitende Lehrer erhielt 1993 die Möglichkeit, in den Schuldienst zu wechseln: Die Haushaltslage der Ruhrgebietsstädte hatte sich dramatisch verschlechtert und die Stelle war in der Stadt Marl nicht mehr zu halten. Für das Forsthaus Haidberg begann eine Zeit voller Improvisation und Unsicherheit. Ohne hauptamtliche Kraft hielten lediglich einige engagierte Studenten den praktischen und in Ansätzen auch den inhaltlichen Betrieb aufrecht.

Das Forsthaus Haidberg überdauerte auf diese Weise bis zum Jahr 1999 als Einrichtung des Jugendamtes der Stadt Marl. Da es in den Bereich der „freiwilligen Leistungen“ im Jugendbereich fiel, konnte die Stadt Marl den dauerhaften Fortbestand der Einrichtung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gewährleisten.

Eine Schließung des Hauses aufgrund der schwierigen Haushaltslage stand für den Förderverein nicht zur Debatte. Plötzlich sah er sich vor die Aufgabe gestellt, entweder die Trägerfunktion zu übernehmen oder das Haus für die Umweltpädagogik zu verlieren.

Aus dem Förderverein wurde ein Trägerverein – ein Sprung ins kalte Wasser der Umweltbildung.

Zwischen der Stadt Marl und dem neuen Träger wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen. Der Verein erhielt ein jährliches Budget, mit dem er wirtschaften konnte, aber auch musste. Für die Stadt Marl war diese Deckelung ihrer Kosten ein deutlicher Sparbeitrag. Für beide Seiten ein echtes ‚Win-Win-Modell‘, das den Bestand der Einrichtung bis heu-

te sichert und eine hauptamtliche Leitung mit halber Stelle ermöglicht.

Das Forsthaus Haidberg hat sich mithilfe vieler Sponsoren und Gönner in den folgenden Jahren entwickelt und bietet heute für 33 Menschen als Kinder- und Jugendgästehaus Schulklassen, Kindergärten, Vereinen und Verbänden aller Art ganzjährig ein preiswertes und liebevoll ausgestattetes Gästehaus mit spannendem Außengelände.

Als Umweltbildungsstätte lädt es Kinder- und Jugendgruppen von Mai bis Oktober ein, sein umfangreiches naturpädagogisches Angebot zu nutzen.

Dabei reicht die Angebotspalette von Übungen zur Sinneswahrnehmung über die Erkundung verschiedener Naturräume bis hin zum Papierschöpfen. In Schulprojekttagen wurden eine Streuobstwiese oder ein Stück Buchenwald oder ein naturnaher Nutzgarten zur teilweisen Eigenversorgung angelegt.

Während aller Schulferien lädt das Forsthaus Haidberg Kinder und Jugendliche zu außergewöhnlichen und erlebnisreichen Naturprojekten ein. Während mehrerer Tage beschäftigen sie sich zum Beispiel mit den Römern in der Haard, mit Feuer, Erde, Luft und Wasser, mit wilden Tieren oder mit Kunst im Wald.

Allen diesen Angeboten und Zielsetzungen ist gemein, dass sie die Möglichkeiten der Einrichtung, nämlich die Mischung aus Selbstversorgerhaus und Bildungsstätte, optimal nutzen.

Im Forsthaus Haidberg ‚wohnt‘ die Umwelt- und Abenteuerpädagogik und das erklärt die bleibende Anziehungskraft der Einrichtung. Hier ist es nicht nur möglich, am Vormittag Bäume zu bestimmen, sondern mehrere Tage zu bleiben und Fledermäuse zu belauschen, Kartoffeln anzupflanzen oder einen Abend am Lagerfeuer zu verbringen. Naturpädagogik wird gelebt, nicht nur gelehrt.

Das alles sichern ein engagierter Vorstand, wenig Hauptamtlichkeit mit großem Einsatz, viel begeisterte Nebenamtlichkeit und Freunde und Förderer fast jeden Alters. Gemeinsam werden Ideen und Visionen entwickelt, Haus und Gelände erhalten und pro Jahr etwa 8.500 Kinder und Jugendliche willkommen geheißen.

Keine leichte Aufgabe – und das Forsthaus Haidberg ist kein paradiesischer Ort. Kostensteigerungen und Finanzkrise gehen auch an innovativen, umweltpädagogischen Einrichtungen nicht spurlos vorbei. Trotzdem haben sie es bis hierher geschafft und sind lebendiger denn je.

Wir wünschen viel Glück für die Zukunft!



Ina Georg, Magisterpädagogin, langjährige Lehrbeauftragte der Evangelischen Fachhochschule Rheinland, Westfalen, Lippe und Leiterin des Forsthauses Haidberg

Forsthaus Haidberg, Halterner Str. 294, 45770 Marl, Tel. 02365-81801, www.forsthaus-haidberg.de



DELIA BÖSCH



Krupp entdecken

Auf den Spuren der drei Ringe

Kein Unternehmen, keine Industriellenfamilie hat im Ruhrgebiet so viele Spuren hinterlassen wie Krupp.

Im Jahr 1811, also vor 200 Jahren, gründete Friedrich Krupp in Essen eine Gussstahlfabrik – die Keimzelle eines Weltkonzerns, die Geburtsstunde eines Mythos. Wenn 2011 das 200-jährige Firmenjubiläum gefeiert wird, lässt sich der langlebige Mythos auf drei neuen Thementouren erkunden. Idyllische Gartenstadtsiedlungen wie die Margarethenhöhe oder der Altenhof, das Kruppsche Stammhaus, der neue Krupp-Park und nicht zuletzt die Essener Villa Hügel, das ehemalige Wohnhaus der Familie: nur einige von vielen Stationen einer Entdeckungsreise, wie sie spannender nicht sein könnte.

→ 104 Seiten, zahlr. Abb., 12,95 Euro, ISBN 978-3-8375-0520-7

Au Loong Yu

Mitbestimmung, chinesisch interpretiert

ZWURF

Der chinesische Gewerkschaftsbund (ACFTU, All China Federation of Trade Unions) hat in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Arbeitsgesetzen gefördert. Bevor wir uns darüber zu sehr freuen, sollten wir uns jedoch daran erinnern, dass diese Gesetze häufig genug auf Betriebsebene keine Anwendung finden. In einem Land, das weder Rechtsstaatlichkeit noch Redefreiheit achtet, kann keine einzige Arbeitsgesetzgebung oder Sozialreform, geschweige denn ihre Wirksamkeit, ohne einen Bezug zu allgemeineren sozialen Aspekten und den Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit beurteilt werden.

Tatsächlich war es nicht in grauer Vorzeit, dass 100 Millionen Arbeiter in staatlichen Unternehmen Arbeitsplatzsicherheit und grundlegende Wohlfahrt genossen. Die Gesetze zu industrieller Demokratie und betrieblichen Interessenvertretungen (SWRC, Staff and Workers Representative Congress) gewährten ihnen Rechte, die viel weiter reichten als das deutsche Betriebsratsmodell. Hinzu kommt der Verfassungsrang der „führenden Rolle“ der Arbeiter in der Führung des Landes. Jedoch schaffen es diese Gesetze nicht, die Arbeiter davor zu schützen, dass ihre Betriebe privatisiert werden, oder dass sie gegen geltendes Recht entlassen werden.

Im Juli 2009 widersetzten sich die Arbeiter des staatlichen Tonghua Stahlwerks in der Provinz Jilin mit Gewalt gegen die wiederholten Versuche, ihre Betriebe zu privatisieren. Das ging so weit, dass sie den Manager zu Tode schlugen, als er ihnen drohte, sie alle zu entlassen, sollte er am Leben bleiben. Ihr Kampf half ihnen, die Privatisierung zu blockieren und ermutigte zu vergleichbaren Kämpfen in anderen staatlichen Stahlwerken. In der Folge gab die Zentralregierung Anweisungen an die kommunalen Behörden heraus, in denen daran erinnert wurde, dass die lokalen Vertreter und die Manager staatlicher Unternehmen die Gesetze insofern zu respektieren hätten, als es das Recht der SWRC sei, vor jedweder Privatisierungsinitiative konsultiert zu werden. Aber selbst für den Fall, dass diese Regierungsdirektive diesmal wirken sollte, bedeutet der Umstand, dass bis 2001 bereits 86% der staatlichen Industrieunternehmen umstrukturiert wurden und 70% entweder vollständig oder wenigstens teilweise privatisiert waren¹, dass diese Initiative schlicht zu spät kommt, um irgendeine substantielle Bedeutung für die Arbeiter zu haben.

Das SWRC-Modell wurde erstmalig in der Folge des Sieges der Chinesischen Kommunistischen Partei (CCP) im Jahr 1949 eingeführt. Jedoch existierte es während der Mao-Ära über Jahrzehnte im Grunde nur als Papier. Während der Staatsrat in den 1980er Jahren die Wiederinkraftsetzung der SWRC formal erklärte, führte die Solidarnosc-Bewegung in Polen zu einer vorsichtigeren Haltung der CCP. Dies erklärt wohl zum Teil, wieso die SWRC institutionell so gestaltet wurden, dass sie die Kontrolle der Arbeiter über eben diese Institutionen schwächte, während sie doch dem äußeren Schein nach gestärkt wurde.

Betriebsräte in Deutschland sind den SWRC in China

vergleichbar, abgesehen davon, dass die chinesische Variante mehr Macht hat als ihr deutscher Cousin. Zum Beispiel müssten deutsche Betriebsräte bei der Besetzung des Chefpostens oder überhaupt in der Auswahl des Managements nicht einmal konsultiert werden, von einem Recht, an der Entscheidung beteiligt zu werden, ganz zu schweigen. Zhu Xiaoyang und Anita Chan führen aus, dass „wenn die SWRC in China tatsächlich imstande wären, ihre gesetzmäßigen Rechte auszuüben, die Rechte von chinesischen Arbeitern in staatlichen oder genossenschaftlichen Unternehmen weit über die von Arbeitern im kapitalistischen System hinausgehen würden.“²

Aber der Teufel liegt im Detail. Während die CCP sehr eindrucksvolle Sprachbataillone aufführt, wenn es um „Unternehmensdemokratie“ geht, versucht sie doch in Wirklichkeit über die aktuelle Politik und das Kleingedruckte in den Gesetzen zu gewährleisten, dass das Parteikomitee fortfährt, sämtliche Macht zu monopolisieren sowie die gesetzlichen und politischen Rechte der Arbeiter in Luft aufzulösen. Während das Unternehmensmanagement in Deutschland nicht für die Betriebsratswahlen kandidieren darf, ist es ihrem chinesischen Gegenstück – Angehörigen des Managements und Führungskader – nicht nur erlaubt in SWRC-Wahlen zu kandidieren, es ist tatsächlich gewährleistet, dass „Management-Führungskader des Unternehmens, einschließlich solcher in der Produktion und den verschiedenen Abteilungen, ein Fünftel der SWRC-Delegierten ausmachen“. In der Praxis übersteigt der Anteil der SWRC-Delegierten mit einem Management-Hintergrund dieses eine Fünftel oft, manchmal reicht er bis über die Hälfte.³

Das bringt uns zu einer allgemeineren nationalen und gesellschaftlichen Situation, die noch immer von vielen Arbeitswissenschaftlern vernachlässigt wird. Grundsätzlich kann „Unternehmensdemokratie“ – oder eine verkrüppelte Ausgabe davon – einfach nicht die Interessen der Arbeiter verteidigen, wenn die Partei sämtliche politische Macht monopolisiert und die meisten ökonomischen Ressourcen und sich selbst über die Gesetze stellt. Mike McConville, Professor an der Rechtsfakultät der Universität von Hongkong, zitiert in seinem neuen Buch „Criminal Justice in China“ (Strafjustiz in China) ein chinesisches Buch zur Strafprozessordnung wie folgt: „Die CCP ist die einzige legale Partei; die Staatsführung wird von der Partei betrieben, alle staatlichen Organe stehen unter der Führung der Partei und das Justizsystem bildet hier keine Ausnahme. In einem solchen Herrschaftssystem müssen sich legislative und judikative Aktivitäten nicht nur an das Gesetz halten, sondern auch die Strafpolitik der Partei exekutieren.“⁴

Trotz der von der Partei gepflegten Rhetorik von der Rechtsstaatlichkeit behaupte ich, dass das Eigeninteresse der chinesischen Bürokratie schlicht dagegenspricht. Diese Bürokratie unterscheidet sich sehr von der von Max Weber beschriebenen. Sie gibt sich einfach nicht damit zufrieden, gegen eine angemessene Bezahlung der willfährige Diener des Adels oder der Bourgeoisie zu sein. Im Gegenteil, sie ist

die herrschende Klasse; sie ist zugleich Bürokraten und Kapitalisten und will deshalb einen garantierten Lohn und maximierte Profite zur selben Zeit. Bürokraten auf allen Ebenen betreiben oder besitzen Unternehmen direkt oder indirekt und profitieren von ihnen. Es ist allzu deutlich, dass dieser Status Quo eine Arbeiterklasse nicht tolerieren kann, die volle politische und Arbeitsrechte genießen will.

(1) Exit the Dragon? Privatization and State Control in China. Herausgegeben von Stephen Green und Guy S. Liu, Blackwell 2005, S. 18

(2) Staff and Workers' Representative Congress. An Institutionalized Channel for Expression of Employees' Interests? Zhu Xiaoyang und Anita Chang, Chinese Sociology and Anthropology. Vol. 37, Nr. 4, Sommer 2005, S. 6-33

(3) Zhidaihui weishenme meiyong (Why are the SWRCs useless?) Dong Fang Daily, 17. August 2009. http://news.ifeng.com/opinion/political/detail_2009_08/17/1346610_0.shtml

(4) Criminal Justice in China. An Empirical Inquiry. Mike McConville und Satnam Choongh, Edward Elgar Publishing Ltd., UK 2011, S. 400 – Im englischen Originaltext wird von „the criminal policies of the Party“ gesprochen; das kann neben der hier gewählten Übersetzung „Strafpolitik“ auch mit „kriminelle Politik“ übersetzt werden. Wahrscheinlich ist diese Doppelbedeutung vom Autor beabsichtigt (und wird deshalb wohl auch von Au Loong Yu zitiert; Anm. des Übersetzers).

Au Loong-Yu ist unabhängiger linker Publizist und Redakteur der Internet-website China Labor Net in Hong Kong (<http://www.worldlabour.org/eng/>). weitere Infos s. AMOS 1|2011, S. 21

Übersetzung: Stefan Hochstadt

Lesetipp

Elfriede und Willibald Jacob
Trittsteine im Fluß

Küçkeshagen/Erlangen 2010

Trittstein für Trittstein nähern sich die aus der damaligen DDR kommenden Autoren Indien an. Es war für DDR-Verhältnisse in den 1980er Jahren ungewöhnlich, dass ein Theologe (Straßenbauingenieur und Arbeiterpriester) mit seiner Frau (Kirchenmusikerin) in eine „Partnerkirche“, die Gossnerkirche im Nordosten Indiens ausreisen durften. Das Buch enthält Tagebuchnotizen und ausführliche Berichte über das Leben bei den Adivasi, auf deren Land heute auch Stahlwerke stehen. Das Buch ist reich an indischen Geschichten der Jahre 1985 – 1988 und weiteren Texten bis zur Gegenwart. Willibald Jacob: „Die Kirche wird nur dann ihre Bestimmung nicht verfehlen, wenn sie zur sozialen Bewegung – von unten – wird“.

Rezension: Jörg Müller (Porta Westfalica).

Beilagenhinweis

Ökumenischer Informationsdienst ÖID

In diesem Jahr finanziert die Stiftung Ökumene die insgesamt 3 Ausgaben vom ÖID in 2011. Diesem AMOS 2 | 2011 liegt die erste bei: Nr. 96 vom ÖID (Frühjahr 2011), in dem dokumentiert wird der „Aufruf der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation zum Gerechten Frieden“, wie er im Mai 2011 in Kingston/Jamaica verabschiedet wurde. Darüber haben die gängigen Medien geschwiegen, obwohl es sich ideologisch gesehen um eine historische Weichenstellung handelt: die für Kriegsbefürworter aller Art herangezogene Position vom „gerechten Krieg“ wird hier ein für allemal verlassen. (Aber Punkt 22 lässt dem Bellizismus leider noch eine letzte Tür). Wer im Laufe des Jahres den ÖID schätzen lernt, kann ihn dann direkt abonnieren.

Coordination gegen Bayer-Gefahren

Wir legen gerne den Flyer der CBG der Abo-Auflage bei und empfehlen den Flyer der aufmerksamen LeserInnenschaft

„Es gibt so wenig menschliche Würde
ohne Ende der Not,
wie menschengemäßes Glück
ohne Ende alter und neuer Untertänigkeit“

Ernst Bloch



2011 - 228 Seiten - € 30,00
ISBN: 978-3-89691-980-9

Das Jahr 2010 war von der Europäischen Union zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung der Armut ausgerufen worden. Im Februar desselben Jahres erklärte das Bundesverfassungsgericht die bisherige Bemessung der Regelsätze für Erwachsene und Kinder nach dem ALG II für verfassungswidrig und zugleich ein Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum. Vor diesem Hintergrund betrachten die „Widersprüche“ die verschiedenen Armutspolitiken.





Peter Strege

„Basics“: Bio für Alle! ES ist die Grundlage von allem, denn: vor der Moral kommt das Essen. Nicht vergessen!

Eine Glosse, obwohl mir etwas im Hals stecken zu bleiben droht, was keine Gräte ist!

Das JA-Wort zur Reproduktion geben uns sicher auch die Lebensmittel, die wir nicht selber gejagt und gefangen haben, oder? Sammeln wir nicht hin und wieder Brombeeren an Autobahnrändern, oder sehen bekopftuchten Frauen bei solcher Tätigkeit zu?

Gesunde Ernährung ist ein weites Feld und Lebensmittel sind, wie der Name sagt, mehr als ein Indikator dafür. Sollte selbstverständlich so sein! Und schmecken soll es auch noch. Allen! Wegen der Lust. Von allen. Und nicht nur wenigstens denen, die es sich leisten können. Und denen, die Ansprüche stellen, welche haben, oder zu haben scheinen, oder meinen haben zu können.

Was ist in unseren Lebensmitteln, unseren Reproduktionsgaranten drin? Woher? Wie? Und überhaupt!

Wer dafür ist, gehe hinüber und beuge sich unter die schützende Hand des verantwortungsbewußten Händlers, der im Schweiß seines Angesichts für dich und mich die Sachen sucht und auswählt, die uns gut tun, ... und ihm auch!

Es gilt eine nicht öffentlich gemachte Verabredung zwischen den kenntnisreichen Menschen, die sich ihrer Lebensverantwortung bewußt sind und sich nicht blind füttern lassen wollen und denen, die auf Sonderangebote angewiesen sind.

Es geht darum, daß das gegebene Versprechen des Bio-Marktes, der „für Alle“ da ist, daß Rinder, Schweine, Lämmer und Geflügel artgerecht gehalten werden, auch der Wahrheit entspreche! Solange das Schlachtvieh lebt sei für Auslauf, frische Luft und biologisches Futter gesorgt.* (Das Sternchen besagt, dass dies eine EU-Verordnung gebietet.)



Nach diesem Gebot wird Milch gewonnen, nach deren Weiterbehandlung mich über 150 Sorten wohlschmeckender Käsesorten hinter der Glasscheibe mit ordentlichen, z.T. gepfefferten Preisen locken. Darüber ein Schild: „Alle Bio-Kühe und Schafe werden anständig gehalten. (Kein Spaltboden, Stroh etc.) Guten Appetit“!

So steht's geschrieben, und in meinem Kopf ergänze ich den Katalog mit dem, was es da sicher ebenfalls nicht gibt: kein Stress, kein Mobbing und keine Korruption.

Tierhaltung als Menschenwerk zur Herstellung von „Menschenfutter“ läßt mich, was Menschenhaltung angeht, stutzig werden. Wie verhalten wir uns untereinander?

Wie wollen wir der „Albbüffel-lyoner, der Albbüffel Heuberger, dem Chiemgauer Naturfleisch, oder dem preisgekrönten Schafrohschinken vom Biohof im Genuß gerecht werden, solange wir im ständigen ökonomischen Wettbewerb stehen?

Wer gut zahlen kann, der ist gut versorgt und kann sich ein eigenwohltätiges Grinsen, wie es bisweilen beim Verlassen von Beichtstühlen zu beobachten ist, gut leisten. Die Anderen, und das ist die große Mehrheit, bedienen sich bei „Aldi“ und „Lidl“, „Netto“ oder „Norma“. Massentierhaltung und Billigproduktion von Grundnahrungsmittel kontra „Frische im Einklang mit Natur und Mensch“.

Was und wer bleiben dabei auf der Strecke, wenn das billigste Brötchen 0,69 Cent kostet?

Klassenkampfparolen drängen sich auf, wo einsichtsgebotenes Handeln am Platz wäre! Oder wie ist das mit dem BIO für Alle?



Peter Strege

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
 Überweisung über 18,- € ist erfolgt
am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671, Fax: 501673
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Titelbild:

Manfred Walz

Schlussredaktion:

Axel Lippek

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Herausgabe + Redaktion:

Wolfgang Belitz, Unna
Hartmut Dreier, Marl
Rolf Euler, Recklinghausen
Friedrich Grotjahn, Bochum
Rolf Heinrich, Gelsenkirchen
Ute Hüttmann, Marl
Wolf-Dieter Just, Duisburg
Jürgen Klute, Wanne-Eickel
Carl-D.A. Lewerenz, Herne
Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.)
Heinz Listemann, Dortmund
Anna Musinszki, Dortmund
Hermann Schulz, Wuppertal
Renate Wangelin, Bochum

Konto:

AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Einzelpreis: 4,50 €

Abo-Preis: 18,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

ISSN 1615 - 3278

Sam Bahour

Ein palästinensischer säkularer Staat

Die palästinensische Nationalbewegung hat ihr Ende erreicht. ... Die Gründe für das Scheitern der PLO sind viele. Als Erstes: Die Kriegsneurose, die die Errichtung Israels 1948 unter den Palästinensern verursachte, ist nie wirklich verschwunden. Die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung wurde aus ihrem Zuhause vertrieben. Diejenigen, die sich zu fliehen weigerten, sind heute Bürger Israels. Sie haben eine Staatsbürgerschaft, die sie nie forderten, die ihnen auferlegt wurde. Sie sind mehr als 1,2 Mill. – Muslime und Christen.

Als ob die gewaltsame Enteignung von 78% ihrer Heimat nicht genug wäre, besetzte das israelische Militär 1967 die restlichen Teile Palästinas – wie lange zuvor geplant. Militärische Besetzung wird, der Definition nach, als eine vorübergehende Staatsangelegenheit angesehen. Man dehnt aber die Definition bis zu einem Hirngespinnst, das Israels Präsenz in der Westbank, im Gazastreifen und in Ostjerusalem nach 44 Jahren immer noch als vorübergehend ansieht. Die Realität wird viel genauer als das Verbrechen von Apartheid beschrieben denn als militärische Besetzung.

Wenn man mit den frühen 1970er-Jahren beginnt, wurden die Palästinenser – wie der palästinensische Diplomat Afif Safieh es ausdrückt – „unvernünftig vernünftig“. Jahr um Jahr bot die palästinensische Führung eine Konzession nach der anderen an und versuchte, eine gerechte Lösung für ihre Enteignung und militärische Besetzung zu erreichen. ...

Die Oslo-Abkommen hielten das System der militärischen Besetzung aufrecht und kodifizierten einfach die unerträgliche Unausgeglichenheit zwischen der Besatzungsmacht (Israel) und dem besetzten Volk (den Palästinensern). Die Abkommen scheiterten elendiglich und vielfach. Nicht nur, dass das Endabkommen nie geschah, heute sind wir weiter davon entfernt als je zuvor. Keine Bemühungen in letzter Minute durch Barack Obama oder Binyamin Netanyahu, um die Verhandlungen über die Grenzen neu zu beleben. Das Zögern in der Vergangenheit hat nur irreparablen Schaden vor Ort geschaffen und schwört die dringende Notwendigkeit eines Endspieles herauf, nicht einen weiteren Anfangspunkt.

Nach zwei Jahrzehnten Kampf, den Friedensprozess wieder zu beleben, haben die Palästinenser den Glauben an den Prozess verloren – als auch an jene, die damit beauftragt waren, nämlich das Quartett: die USA, Russland, die EU und die UN. Während der ganzen Periode des (sog.) Friedensprozesses pflügte Israel weiter mit neuen Landenteignungen, mehr Siedlungsbau, mehr Toten und mehr Zerstörung.

Jeder ehrliche Beobachter würde klare Schlüsse ziehen: dass Israel keine Absicht hat, den Palästinensern zu gestatten, eine neue Realität vor Ort zu schaffen, eine durchführbare Lösung dieser Krise – und dass die Mächte, besonders die US und EU, nicht ernsthaft damit beschäftigt sind, den Konflikt auf der Basis des internationalen Rechts zu beenden. Die Diplomatie hat die Palästinenser zutiefst enttäuscht und lässt sie mit weniger Land und weniger Wasser, noch zerrissener, ärmer, in Uneinigkeit und schwindender Hoffnung. ...

Diejenigen, die behaupten, die palästinensische Führung zu

sein, haben keine Tricks mehr in petto, um weitere Verhandlungen mit ihrem Besatzer zu rechtfertigen. Deshalb unternehmen sie das, was man einen strategischen Schritt nennt, und beantragen die Mitgliedschaft des Staates Palästina in den UN. Die zugrundeliegende politische Tatsache – die UN-Resolution 181 – versuchen sie wieder herzustellen: Dieser anscheinend unlösbare Konflikt ist die Zwei-Staatenlösung ... Dieser Schritt erhält für seine Bemühungen eine Eins, ist aber zum Scheitern verurteilt, selbst wenn Palästina in diesem Jahr oder im nächsten oder in fünf Jahren in die UN aufgenommen würde. Die Realitäten vor Ort haben sich seit 1947 so drastisch verändert: Israel ist es mit der blinden Unterstützung der USA gelungen, die Zwei-Staatenlösung unmöglich zu machen.

Die neuen palästinensischen Führer, diejenigen, die die israelischen Unterhändler noch nicht getroffen haben, sehen den Hintergrund und weigern sich zu glauben, dass Israel in Frieden leben will, wenn jeder Hinweis seit 64 Jahren das Gegenteil zeigt. Die palästinensischen Führer sehen Israel als das an, was es ist: eine koloniale Siedler-Apartheidbewegung, welche sich an eine rassistische, exklusive Ideologie anlehnt, die nicht zulässt, dass zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan ein anderer Staat auftaucht geschweige denn es palästinensischen Flüchtlingen erlaubt, in ihre Heimat zurückzukehren oder für ihre Leiden eine Wiedergutmachung zu erhalten ..

Die Palästinenser sind dabei, zum Ausgangspunkt zurückzukehren. Sie waren korrekt, am Anfang dieses Konfliktes nach einem säkularen demokratischen Staat zu rufen. Leider verschwanden sie kostbare Zeit und verloren zu viele Leben, indem sie ungerechte Modalitäten einer Resolution akzeptierten.

Je früher die Palästinenser und Israelis erkennen, dass es unser Schicksal ist, gemeinsam als Gleiche zu leben, desto früher können wir damit beginnen, unsere Gemeinschaften wieder aufzubauen – und so eine einzige Gesellschaft, deren Bürger alle nach dem Gesetz gleich sind und als menschliche Wesen gleich sind.

Sam Bahour, palästinensisch-us-amerikanischer Geschäftsmann, ist Managementberater in Ramallah/Palästina. Er schrieb u.a. auch über „Palästinensische Wirtschaftsgefängnisse“ (www.palestine.rosalux.org und www.inamo.de).

(dt. Ellen Rohlfis – Quelle: guardian.co.uk 4.8.2011 – red.gekürzt)

Lesetipp

Daniel Cil Brecher:

Der David, Der Westen und sein Traum von Israel
(Papyrossa, Köln 2011, 251 S.)

Erich Fried: Höre, Israel

(Melzer, Neu Isenburg, 192 S.)

Ilan Pappé: Wissenschaft als Herrschaftsdienst.

Der Kampf um die akademische Freiheit in Israel
(Laika, Hamburg 2011, 189 S.)

Norman Paech:

Über Israels Verhältnis zur UNO und den palästinensischen Antrag auf Aufnahme in die Vereinten Nationen
(ab Herbst als Broschüre bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung).

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Über Junge und Alte und das gemeinsame Glück

Das kleine Mädchen und der Großvater unternehmen vieles zusammen. Sehen sich die Züge am Bahnhof an, besuchen die Affen im Zoo, kaufen Brezeln auf dem Markt. Und immer, wenn sie losgehen, sagt der Großvater: Vielleicht ist dies das letzte Mal. Eines Tages aber will das Mädchen etwas unternehmen, das für den Großvater das allererste Mal ist: schwimmen gehen! Ein warmherziges Bilderbuch über das Großwerden und das Altwerden.



Viola Rohner (Text) | Dorota Wunsch (Illustr.) **Wie Großvater schwimmen lernte**
24 S., geb., ab 4, € 13,90, ISBN 978-3-7795-0353-8



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de